

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, veranw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Zahlet den Extrabeitrag! An unfrem Opferinn müssen alle Pläne der Unternehmer zerfallen!

Inhalt: Die Arbeiter-Internationale. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1906. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Märgelungen, Differenzen. Die „Christlichen“ in Kopenhagen. Bekanntmachung des Verbandes. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. Berichte. Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Mische, Arbeiterbewegung. Entmissionen usw. — Aus Unternehmerkreisen. — Gewerliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Verchiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Maurer-Internationale.

Henrik Rasmussen †.

Von der Zweiten internationalen Maurerkonferenz knapp in der Heimat angelangt, ist am 30. August in Kopenhagen unser Freund H. Rasmussen, der langjährige Vorsitzende des dänischen Maurerverbandes, Mitbegründer und warmherziger Förderer der Maurer-Internationale, einer unlängst als überstandenen erachteten Lungenentzündung erlegen.

In dem hoch zu bewertenden Eifer, das von ihm mit begonnene Werk, die internationale Verbindung der Maurer, auf der Zweiten Konferenz vervollständigen zu helfen, hatte unser Genosse seinem Körper leider zu viel zugemutet. Wer ihn von früher her kannte, sah es ihm an, dass er leidend sei; alle hofften aber, dass ihm die milde, sonnige Luft in und um Stuttgart wohlthun und ihn kräftigen werde. Um so trauriger berührt es uns, dass ihm gerade der Klimawechsel verhängnisvoll geworden ist, wie ein in Stuttgart konsultierter Arzt konstatierte. Vier oder fünf Tage verbiess unser Freund tapfer seine Schmerzen und hielt sich aufrecht, dann musste er das Bett hüten, bis der Arzt gestattete, dass der Patient in Begleitung seiner sorgenden Gattin am 23. August die Reise nach Kopenhagen antreten konnte. Die Heimat sollte ihm leider keine Heilung mehr bringen, noch wenige Tage und er hatte ausgelitten.

Möge unseren unvergesslichen Freunde die Erde leicht sein! Die Teilnehmer der internationalen Maurerkonferenz werden seiner stets ehrend gedenken.

Die Arbeiter-Internationale.

Proletarier aller Länder, vereint euch! Dies herrliche Mahnwort an die Arbeiterchaft der ganzen Welt ist seiner Erfüllung wiederum einen tüchtigen Schritt näher gerückt. Das Ziel ist gewiß noch fern, aber jeder internationale Kongress zeigt unverkennbar und immer deutlicher, daß wir vorwärts marschieren. Mehr denn je zuvor haben dies der Kongress und die verschiedenen Konferenzen dargetan, die in den letzten Augustwochen in der gasförmigen Hauptstadt Württembergs tagten. Vor, neben und nach dem allgemeinen Sozialistenkongress ebneten die Holzarbeiter, Tabakarbeiter, Schuhmacher, Fabrikarbeiter, Gemeindearbeiter, Bäcker, Barbierer, Handlungsgehilfen und nicht an letzter Stelle die Maurer die Wege zu der größten Völkerverbrüderung. Den alles überragenden Mittelpunkt bildete natürlich der allgemeine Kongress, zu dem

alle fünf Weltteile insgesamt 884 Vertreter entsandt hatten.

Von seiner Eröffnung bis zu seinem Schluß war der Kongress und das von ihm veranstaltete Massenmeeting eine imposante Demonstration, wie sie die Welt bisher noch nicht gesehen. Aber nicht nur als internationale Demonstration des Proletariats, sondern auch durch seine Beschlüsse, durch die als Marschroute geltenden Resolutionen, hat sich der Stuttgarter Kongress einen ragenden Denkstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung und der davon beeinflussten Weltgeschichte gesetzt.

Von all den Fragen, mit denen sich der Kongress zu beschäftigen hatte, ist besonders eine in Ansehung ihrer praktischen Bedeutung von großer Wichtigkeit für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft — die der Einwanderung. Obwohl sie zugleich eine der schwierigsten Fragen ist, liegt die Möglichkeit, ihre Lösung erfolgreich anzustreben, nach unserer Ueberzeugung viel näher als bei irgend einer der anderen Fragen, zu denen der Kongress Stellung nahm. Gegenüber der wilden Konkurrenz ausländischer Arbeitskraft, die wir ja schon so oft kritisch behandelt haben, hat ein wohlüberlegtes und gutbegründetes praktisches Wirken unter Umständen noch am ehesten Aussicht auf Erfolg. Wir sagen unter Umständen. Und diese sind in erster Linie gegeben mit Erfüllung der Voraussetzung, daß die gewerkschaftlichen Organisationen aller Kulturländer die Einsicht und die Fähigkeit besitzen, sich gemeinsam nach festem Plan energisch, kraftvoll und ausdauernd zu betätigen.

Es war nicht ganz leicht, auf dem Kongress, oder richtiger gesagt, in der vorbereitenden Kommission, zu einer Einigung über diese Frage zu kommen. Abgesehen von kleinen Abweichungen, standen sich anfänglich zwei Strömungen hart gegenüber. Die Vertreter der Länder mit schwacher oder gar keiner Gewerkschaftsbewegung, wo demzufolge die Lebenshaltung der Arbeiter außerordentlich niedrig ist, glaubten auf Grund des Sozialismus das Recht der unbefchränkten Einwanderung in solche Länder zu haben, wo sich die Arbeiterchaft eine höhere Lebenshaltung erkämpft hat. Nur dann, meinten sie, werde das Wort: Proletarier aller Länder, vereint euch! voll gewürdigt. Selbst Masseneinwanderungen von Streikbrechern dürfe man nicht hindern. Daß sich auch die englischen Delegierten auf diesen Standpunkt stellten, ist daraus ersichtlich, daß die englischen Gewerkschaften auf dem Kongress nicht vertreten waren. Diefem Verlangen konnten die Vertreter Deutschlands, Oesterreichs, Standapapiens, der Kapkolonie, Australiens und der gewerkschaftsfreundlichen Partei der Vereinigten Staaten von Nordamerika unmöglich zustimmen. Nach fast zweitägigen Verhandlungen ließen sich schließlich die Vertreter der unbefchränkten Einwanderung davon überzeugen, daß eine solche Beschränkung im Interesse aller Arbeiter, sowohl des Auswanderungs- als des Einwanderungslandes, liegt, worauf die Kommission einstimmig beschloß, dem Kongress folgende Resolution vorzulegen:

Der Kongress erklärt:

Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso untrennbare Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit, Ueberproduktion und der Unterfomismus der Arbeiter. Sie sind oft ein Mittel, den Anteil der Arbeiter an der Arbeitsproduktion herabzusetzen und nehmen zeitweise durch

politische, religiöse und nationale Verfolgungen anormale Dimensionen an.

Der Kongress vernagt ein Mittel zur Abhilfe der von der Aus- und Einwanderung für die Arbeiterchaft etwa drohenden Folgen nicht in irgendwelchen ökonomischen oder politischen Ausnahmeregeln zu erblicken, da diese fruchtlos und ihrem Wesen nach reaktionär sind, als insbesondere nicht in einer Beschränkung der Freizügigkeit und in einem Ausschluss fremder Nationalitäten oder Rassen.

Dagegen erklärt es der Kongress für eine Pflicht der organisierten Arbeiterchaft, sich gegen die im Gefolge des Massenimports unorganisierte Arbeiter vielfach eintretende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung zu wehren, und erklärt es außerdem für ihre Pflicht, die Ein- und Ausfuhr von Streikbrechern zu verhindern. Der Kongress erkennt die Schwierigkeiten, welche in vielen Fällen dem Proletariat eines auf hoher Entwicklungsstufe des Kapitalismus stehenden Landes aus der massenhaften Einwanderung unorganisierter und an niedriger Lebenshaltung gewöhnter Arbeiter aus Ländern mit vorwiegend agrarischer und landwirtschaftlicher Kultur erwachsen, sowie die Gefahren, welche ihm aus einer bestimmten Form der Einwanderung entstehen. Er sieht jedoch in der übrigens auch vom Standpunkt der proletarischen Solidarität herwerflichen Ausschließung bestimmter Nationen oder Rassen von der Einwanderung kein geeignetes Mittel, sie zu bekämpfen.

Diese Erklärungen bringen Grundsätze zum Ausdruck, zu denen sich die freie gewerkschaftliche Arbeiterorganisation Deutschlands und mit ihr die sozialdemokratische Partei stets bekannt hat und die auch in unserem Blatte stets vertreten worden sind. Zu ihrer Begründung brauchen wir hier kein Wort mehr zu verlieren, denn wir könnten nur wiederholen, was wir schon so oft eingehend und erschöpfend ausgeführt haben.

Von obigen Erklärungen ausgehend, empfiehlt die Resolution der Kommission folgende Maßnahmen:

- I. Für das Land der Einwanderung:
 1. Verbot der Aus- und Einfuhr derjenigen Arbeiter, welche einen Kontrakt geschlossen haben, der ihnen die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft wie ihre Löhne nimmt.
 2. Gefährdung der Arbeiterchaft durch Verführung des Arbeitstages, Einführung eines Minimallohngesetzes, Regelung des Sweating-Systems und der Heimarbeit, strenge Aufsicht über die Wohnungsverhältnisse.
 3. Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Zutritt in einem Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren, weitgehendste Gleichstellung der Naturalisation.
 4. Für die Gewerkschaften aller Länder sollen dabei folgende Grundsätze allgemeine Geltung haben: a) Unergründeter Zutritt der eingewanderten Arbeiter in die Gewerkschaften aller Länder; b) Gleichstellung des Eintritts durch Festlegung angemessener Eintrittsgebühren; c) unentgeltlicher Uebertritt von einer Landesorganisation in die andere bei vorheriger Erfüllung aller Verbindlichkeiten in der bisherigen Landesorganisation; d) Erstreckung internationaler gewerkschaftlicher Kartelle, durch die eine internationale Durchführung dieser Grundsätze und Notwendigkeiten ermöglicht wird.
 5. Unterstützung der Gewerkschaftsorganisation derjenigen Länder, aus denen sich die Einwanderung in erster Linie rekrutiert.
- II. Für das Auswanderungsland:
 1. Regle gewerkschaftliche Agitation. 2. Bekämpfung der Arbeiter und der Öffentlichkeit über den wahren Stand der Arbeitsverhältnisse in den Einwanderungsländern. 3. Regle Einberufen der Gewerkschaften mit denen des Einwanderungslandes schuf gemeinsamen Vorgehens in der Frage der Ein- und Auswanderung. 4. Da die Arbeiterauswanderung ausserdem oft durch Eisenbahn- und Dampfschiffgesellschaften, durch Landbesitzer und andere Schwindelunternehmungen, durch Erteilung falscher, erlogener Versprechungen an die Arbeiter künstlich stimuliert wird, verlangt der Kongress: Ueberwachung der Schiffsagenturen, der Auswanderungsbureau, eventuell geführte oder administrative Maßnahmen gegen diese, um zu verhindern, daß die Auswanderung für die Interessen solcher kapitalistischen Unternehmungen mißbraucht werden.
- III. Neuregelung des Transportwesens, insbesondere auf den Schiffen, Ueberwachung der Bestimmungen

durch Inpatriation mit Disziplinargewalt, welche aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Einwanderungslandes herauszuheben, damit sie nicht von vornherein der Ausbeutung durch die Kapitalisten anheimfallen. Da der Transport von Auswanderern nur auf internationaler Basis gelöst werden kann, beauftragt der Kongress das Internationale Sozialistische Bureau, Vorschläge zur Regelung dieser Materie auszuarbeiten, in denen die Einrichtung und Ausrichtung der Schiff- sowie der Einreisegeldern zu normieren ist, welcher aus jedem Auswanderer als Minimum zu entfallen hat, und dabei besonders Gewicht darauf zu legen, daß die einzelnen Auswanderer die Befähigung besitzen, mit der Unternehmung, berechnen, ohne Interdependenzen irgendwelcher Zwischenunternehmer. Diese Vorschläge sind den Parteileitungen, dem legislativen Ausschuss sowie zur Propaganda mitzuteilen.

Daß die Sozialdemokratie in ihrer Eigenschaft als politische Partei und die Gewerkschaften als wirtschaftliche Kampforganisation zusammenwirken müssen, um die schlimmsten Konsequenzen der Arbeiteremigration und -Auswanderung zu überwinden, ist zwischen diesen Faktoren niemals streitig gewesen. Von der Partei und ihrer Vertreterschaft in den Parlamenten ist das energische Eintreten für alle die Maßnahmen zu verlangen, die auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der öffentlich-rechtlichen Verwaltung liegen. Sie sind in vorstehendem Teil der Resolution aufgeführt unter I 1, 2 und 3, unter II 4 und unter III. Bei allen diesen Maßnahmen handelt es sich um das Eingreifen der öffentlichen Gewalten. Durch Gesetze und durch verwaltungsbehördliche Anordnungen und Tätigkeiten soll die Einwanderung und die Auswanderung zu Gunsten der Arbeiter aller Länder beeinflusst und geregelt werden. Dafür haben sich schon frühere internationale Sozialistenkongresse, auch der zu Amsterdam 1904, ausgesprochen.

Die Partei und ihre Vertreter in den Parlamenten können ohne Zweifel für die Zangsgriffnahme der hier in Rede stehenden Reformen und für ihre Durchföhrung viel tun. Aber die Ausübung des entscheidenden Urteils auf die öffentlichen Gewalten, um sie zu veranlassen oder zu zwingen, die Reformforderungen zu erfüllen, liegt bei der gewerkschaftlichen Organisation. Das heißt für uns ganz außer Frage. Sie haben die Aufgabe, durch Belehrung und praktischen Wirken beständig die Notwendigkeit der Reform in eindringlichster und überzeugendster Weise zu demonstrieren. Ihrem praktischen Wirken und den Resultaten, die sie damit erreichen, müssen die gesetzgeberischen Entschlüsse und die verwaltungsbehördlichen Maßnahmen sich anpassen und eingliedern. Wenn die gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder, in erster Linie die der einzelnen Verufe, auf dem Boden einer guten und ausreichenden Verständigung, wofür die Normen unter I 4, 5 und unter II 1, 2, 3 des zweiten Teiles der Resolution gegeben sind, sich bewähren und zu einem maßgebenden Machtfaktor entwickeln, werden die öffentlichen Gewalten gar nicht umhin können, gemeinsam mit ihnen das Uebel zu bekämpfen. Daß die gewerkschaftlichen Organisationen dahin gelangen, dazu ist allerdings nicht nur die internationale Verständigung und der internationale Zusammenstoß zu gemeinsamen Wirken erforderlich. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß die gewerkschaftliche Organisation jedes Landes und jedes Berufes soweit erstarkt, daß sie als Faktor für erfolgreiches Zusammenwirken ernsthaft in Betracht kommt. Die Organisation jedes Landes und jedes Berufes muß im Stande sein, den Organisationen der anderen Länder ein Wirken von relativ gleicher genügender Kraft zu verbürgen. Nur dann können internationale gewerkschaftliche Kartelle praktischen Wert haben. Diese Kartelle sollen und müssen darstellen die internationale Organisation der gewerkschaftlichen Macht. Und das können sie nur sein, wenn jede Organisation einen entsprechenden Teil dieser Macht repräsentiert und übt. Darauf kommt es zunächst vor allem anderen an. Die gewerkschaftliche Organisation muß beweisen, daß sie dieser Entwicklung fähig ist. Andernfalls wird eine erfolgreiche Bekämpfung des Uebels der Ein- und Auswanderung nicht möglich sein, und es ist dann gar nicht ausgeschlossen, daß die Arbeiter einzelner Länder gegen die sie rücksichtslos in ihren wichtigsten Existenzbedingungen bedrohende wilde Konkurrenz der unorganisierten ausländischen Arbeiter ein Notwehrrecht in Anspruch nehmen, welches das vom internationalen Kongress in Stuttgart proklamierte Prinzip der internationalen Freizügigkeit durchbricht oder gar ganz aufhebt. Mit Prinzipien allein löst man aber die großen Interessenfragen nicht. Immer muß das Interesse so gestaltet werden können, daß es dem Prinzip sich anpassen vermag. Das allein verbürgt den Sieg der Prinzipien. So gewiß sich gute Prinzipien nur aus berechtigten Interessen her-

leiten und begreifen lassen, so gewiß aber auch können erstere nicht verwirklicht werden, wenn letztere nicht zur Geltung kommen. Wir schreiben früher einmal, man könne unter Berufung auf „internationale Solidarität“ vernünftigerweise nicht fordern, daß unsere einheimischen Arbeiter, die schwere Pflichten gegen Reich, Staat und Gemeinde zu erfüllen haben, den indifferenter, rücksichtslosen Massen der wider die konkurrierenden ausländischen Arbeiter zuliebe hungern und sich vom Unternehmertum unterdrücken lassen. Es widerspricht dem Prinzip des Internationalismus durchaus nicht, ist vielmehr eine konsequente Gerechtigkeit in sich begriffen, zu erklären, daß die dem vaterländischen Gemeinwesen zu schweren Lasten verpflichteten einheimischen Arbeiter in erster Linie ein Recht auf Erwerb innerhalb dieses Gemeinwesens haben; daß sie verlangen können, unter allen Umständen geschützt zu sein gegen die Gefahr, durch ausländische Arbeitskraft überflüssig gemacht zu werden in der Nationalwirtschaft. Von dieser Erwägung gehen wir nicht ab, unbeschadet unseres Bekenntnisses zum Prinzip der internationalen Freizügigkeit. Diefem Prinzip zuliebe die berechtigten Ansprüche der Arbeiter des einzelnen Landes, an der nationalen Wirtschaft gebührend beteiligt zu sein, preisgeben wollen, das würde heißen, mit dem Prinzip selbst brechen, das diese Ansprüche anerkennt.

Die einzige Möglichkeit, Kollisionen der Praxis mit dem Prinzip zu vermeiden, ist gegeben mit dem Erfolg der Bestrebungen, die in der Resolution des Stuttgarter Kongresses vorgezeichnet sind.

Einen merkwürdigen Eindruck hat es auf uns gemacht, daß ein vom Genossen Rautsky und der Genossin Rosa Luxemburg zu der Resolution der Kommission gestelltes Amendement verlangt, die Forderung des Minimallohnes zu streichen, weil nach ihrer Behauptung die „Unmöglichkeit“ des Minimallohnes „wissenschaftlich nachgewiesen“ sei. Die Arbeiter wissen aus der praktischen Erfahrung besser, woran sie sind. Auch der Referent, Genosse Ellenbogen, ließ den „wissenschaftlichen Nachweis“ der Theoretiker des Sozialismus nicht gelten. Er sagte u. a.: „Ich weiß auch, daß Sie vor mehreren Jahrzehnten die Forderung eines Minimallohnes abgelehnt haben, weil Sie befürchteten, daß er zum Minimallohnjak werden würde. Die Tatsachen widerprechen aber dieser Ausdammung. In Vitoria und in Zürich hat sich der Minimallohn bestens bewährt und in Vervien sträubt sich gegen seine Einführung, die die Arbeiterklasse fordert, die Bourgeoisie aufs heftigste. Wollen Sie diesen Arbeitern in den Rücken fallen und der Bourgeoisie zu Hilfe kommen? Die Genossen, die mit dem Minimallohn gute Erfahrungen gemacht haben, würden sich an diesen Beschluß doch nicht halten.“

Die gute Absicht und der Fleiß der Theoretiker in Ehren. Aber sie müssen schon zulassen, daß gegenüber ihrer wissenschaftlichen Nachweise die Lehre des gewerblichen Lebens, die Erfahrung der Arbeiter zu ihrem Rechte kommt. Und sie werden immer gut tun, ihre wissenschaftlichen Anschauungen danach zu mobilisieren.

Der Kongress lehnte das Amendement Rautsky-Luxemburg ab. Mit der Änderung, daß statt der Regelung die Abschaffung des Schwißsystems gefordert wird, wurde die Resolution angenommen.

Einen guten Schritt vorwärts auf dem Wege zur Regelung der Ein- und Auswanderung hat unsere zweite internationale Maurerkonferenz getan, über die wir eingehend berichtet haben. Von allen Seiten wurde die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens und der feste Wille, dieser Notwendigkeit zu genügen, bekundet. Ein internationales Sekretariat für die Maurer- und Bauhilfsarbeiter-Organisationen ist errichtet und dessen Leitung dem Vorsitzenden unseres Zentralverbandes, Wienberg, übertragen worden, der es an energischer Betätigung gewiß nicht fehlen lassen wird. Das auf der ersten Konferenz beschlossene gegenseitigkeitsverhältnis ist erneuert und ausgedehnt worden. Ein genau formulierter internationaler Kartellvertrag soll die Maurer- und Bauhilfsarbeiter-Organisationen aller Länder binden. Wages Wille und der Erfolg, den wir davon für die Arbeiterbewegung erhoffen, vorbildlich für andere Organisationen werden. Die Wege sind gewiesen! Jetzt gilt es, auf ihnen vorwärts zu schreiten, alle Hindernisse zu überwinden, den großen Zielen entgegenzuringen.

Eine andere Frage, woran die Gewerkschaften unmittelbar beteiligt sind, ist die „der Beziehungen zwischen den politischen Parteien und

den Gewerkschaften“. Für die deutsche Arbeiterbewegung ist dies Verhältnis durch den Mannheimer Parteitagsebeschluß im großen ganzen befriedigend geregelt. Der Punkt war hauptsächlich auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt worden, um die Verteilung von Differenzen in Frankreich, Belgien und Nordamerika in die Wege zu leiten. Der Kongress nahm mit überwältigender Majorität folgende Resolution an:

Politische Partei und Gewerkschaften.

1. Zur vollständigen Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der geistigen, politischen und ökonomischen Knechtschaft ist der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse in gleichem Maße notwendig. Wie die Aufgabe der sozialistischen Parteioorganisationen vorwiegend auf dem Gebiete des politischen Kampfes des Proletariats liegt, so liegt die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen vornehmlich auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterkraft. Partei und Gewerkschaften haben also im Emanzipationskampf des Proletariats gleichwertige Aufgaben zu erfüllen.

Jede der beiden Organisationen hat ein durch ihre Natur bestimmtes eigentümliches Gebiet, auf dem sie ihre Aktion vollständig selbständig zu bestimmen hat. Daneben aber gibt es ein stets wachsendes Gebiet des proletarischen Kampfes, auf dem der Erfolg nur erzielt werden können bei einmütigem Zusammenwirken zwischen Partei- und Gewerkschaftsorganisation.

Der Kampf des Proletariats wird sich daher um so erfolgreicher und günstiger gestalten, je enger die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Parteioorganisationen sind, wobei die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation im Auge zu behalten ist.

Der Kongress erklärt, es müsse die Arbeiterkraft dazu gelangen, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften hergestellt und dauernd unterhalten werden.

Partei und Gewerkschaften haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen und in ihrem Kampfe sich bloß solcher Mittel zu bedienen, die dem Befreiungskampf des Proletariats förderlich sind. Sie haben sich gemeinsam zu verständigen, wenn über die Zweckmäßigkeit der anzuwendenden Methode Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Die Gewerkschaften werden ihre Pflicht im Emanzipationskampfe der Arbeiter nur dann zu erfüllen vermögen, wenn sie sich in ihren Aktionen vom sozialistischen Geiste leiten lassen. Der Partei obliegt die Pflicht, die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen nach Gebung und Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter zu fördern.

Der Kongress erklärt, daß der Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise, die wachsende Konzentration der Produktionskräfte, die wachsende Vereinigung der Unternehmer, die steigende Abhängigkeit der einzelnen Betriebe von der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Pflicht der Gewerkschaften machen, wenn sie ausschließlich der Sorge für die Interessen der Berufsgenossenschaften auf der Grundlage des günstigen Egoismus und der Theorie der Interessengleichheit zwischen Kapital und Arbeit aufgebaut sind.

Der Kongress ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften um so erfolgreicher den Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung zu führen vermögen werden, je einheitlicher ihre Organisation, je kräftiger ihre im gewerkschaftlichen Kampfe unerlässlichen Fonds, je tiefer die Einsicht ihrer Angehörigen in den Zusammenhang der Bedingungen des ökonomischen Lebens und je höher ihre Opferwilligkeit und Begeisterung sind, die am kräftigsten aus dem sozialistischen Ideal spritzen.

2. Der Kongress richtet an alle Gewerkschaften der durch die Konferenz von Brüssel 1899 aufgestellten und durch den Wiener Kongress von 1900 genehmigten Bestimmung entsprechend die Einladung, sich auf den internationalen Kongressen vertreten zu lassen und mit dem Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel enge Verbindung zu halten. Er beauftragt das letztere, sich mit dem Internationalen Sekretariat der Gewerkschaften zu Berlin behufs gegenseitiger Auskunftsverteilung über die Organisation und die Agitation in Verbindung zu setzen.

3. Der Kongress beauftragt das Internationale Sozialistische Bureau, alle Urkunden zu sammeln, die das Studium über die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien aller Länder erleichtern können, und hierüber dem nächsten Kongress Bericht zu erstatten.

Die Maßfeierfrage wurde bei der Beratung dieses Punktes kaum berührt. Die deutsche Delegation hatte sich schon vorher darüber geeinigt, indem sie folgenden Beschluß faßte:

Die deutsche Delegation zum Internationalen Kongress in Stuttgart empfiehlt, die Feier des 1. Mai in der Form zu begehen, wie es in der Resolution des Mannheimer Parteitages niedergelegt ist.

Wo aber die Arbeitsruhe gesetzlich zur Folge hat, muß den wegen der Maßfeier durch Maßregelung geschädigten Arbeitern eine Unterbrechung gewährt werden, auf die die Partei und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch erheben können.

Zur Regelung ist die deutsche Delegation zum Internationalen Kongress nicht kompetent. Sie erwartet jedoch von dem nächsten deutschen Parteitag eine Regelung auf folgender Grundlage:

Die Unterbrechung ist von der Partei und den Gewerkschaften zu tragen. Die Art, wie die Partei und die Gewerkschaften die dafür erforderlichen Mittel aufbringen, bleibt einer Verständigung der Anstalten der Partei und Gewerkschaften vorbehalten. Dabei ist festzulegen, von welchem Zeitpunkt an und für welche Dauer die Unterbrechung zu gewähren ist.

Von der Stellung eines Antrages wegen Verhandlung der Maßfeier auf dem Internationalen Kongress

würde nunmehr deutscherseits Abstand genommen, und die Delegierten der anderen Länder haben wohl von vornherein kein Bedürfnis gehabt, diese Frage anzuhängen.

Eine wenig geklärt gebliebene Frage ist die der Kolonisation. Darüber sind sich die Sozialisten aller Länder einig, daß die bisher übliche kapitalistische Ausbeutung und Ausrottungs-, Kolonisation unter allen Umständen verwerfenswert ist, nicht aber darüber, welche Stellung zur Kolonialpolitik überhaupt die legislativen Vertreter der Sozialdemokratie einnehmen sollen. Auf dem Kongress standen sich zwei Meinungen gegenüber: Die grundsätzliche Ablehnung jeder Kolonialpolitik und die Anerkennung einer Kolonialpolitik unter gewissen Umständen, z. B. wenn es sich um die Verbreitung von Kultur und die Erschließung von Länderfrüchten für das allgemeine, moderne Leben handelt, um eine gewisse zivilisatorische Betätigung zum Wohle und Fortschritt der Menschheit. In letzterer Hinsicht wurde angeführt, daß es sehr wohl denkbar erscheint, daß bisher unerschlossene Gebiete zunächst dem Kapitalismus eröffnet werden könnten. Der direkte Sprung aus der Barbarei in den Sozialismus sei unüberwindlich. Es sei notwendig, auch bezüglich der Kolonialpolitik positive Forderungen aufzustellen, um die Schäden der kapitalistischen Ausbeutung in den Kolonien wirksam zu bekämpfen und abzumildern. Nach diesem Wortkampf wurde folgende Resolution angenommen:

Kolonialfrage.

„Der Kongress ist der Ansicht, daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem inneren Wesen nach zur Ausbeutung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß. Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft beruft, dient ihr nur als Deckmantel für die Eroberungs- und Ausbeutungsgehrte. Erst die sozialistische Gesellschaft wird allen Völkern die Möglichkeit bieten, sich zur vollen Kultur zu erheben. Die kapitalistische Kolonialpolitik, statt die Kolonialvölker zu heilen, zerstört durch Verflaubung und Verelendung der Eingeborenen wie durch mörderische verwerfliche Kriege den natürlichen Reichtum der Länder, in die sie ihre Methode verpflanzt. Sie verzerrt aber überdies dadurch selbst die Entwicklung des Handels und des Abzuges der Industrieprodukte der zivilisierten Staaten. Der Kongress verurteilt die barbarischen Methoden kapitalistischer Kolonialpolitik und verlangt im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine Politik, die die friedliche kulturelle Entwicklung gewährleistet und die Lebenskräfte der Erde in den Dienst der Höherentwicklung der gesamten Menschheit stellt.“

Er bekräftigt nach neuen die Resolutionen von Paris (1900) und Amsterdam (1904) über die Kolonialfrage und verurteilt nachmals die jegliche Kolonialpolitik, die, ihrem Wesen nach kapitalistisch, keinen anderen Zweck hat, als fremde Länder zu erobern, fremde Völker zu unterwerfen, um sie schamlos zum Nutzen einer verschwindenden Minderheit auszubeuten, während gleichzeitig im eigenen Lande die Massen der Proletariat steigen.

Als Feind jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und als Verteidiger aller Unterdrückten ohne Unterschied der Rasse verurteilt der Kongress diese Politik des Raubes und der Eroberung, die nur die schamlose Anwendung des Rechts des Stärkeren ist und das Recht der besiegten Völker mit Füßen tritt.

Die Kolonialpolitik vermehrt die Gefahr kriegerischer Verwilderung zwischen den kolonisierenden Staaten und steigert ihre Verwilderung durch Meer und Flotte.

Finanziell betrachtet sollen die Ausgaben für die Kolonien, ebenso solche, die im Interesse der ökonomischen Entwicklung der Kolonien gemacht werden, von denen getragen werden, die allein von der Ausbeutung fremder Länder Nutzen ziehen und deren Reichtümer aus ihnen stammen.

Der Kongress erklärt schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten die Pflicht haben, in allen Parlamenten unverzüglich diese Methode der schamlosen Ausbeutung und Knechtschaft zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrscht.

Zu diesem Zweck haben sie für Reformen einzutreten, um das Los der Eingeborenen zu verbessern, haben sie jede Verletzung der Rechte der Eingeborenen, ihre Ausbeutung und ihre Verflaubung zu verhindern, und haben sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an ihrer Erziehung zur Unabhängigkeit zu arbeiten.“

Die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Frauen wurde durch die Annahme folgender Resolution bekräftigt:

Frauenstimmrecht.

„Der Internationale Sozialistenkongress begrüßt mit größter Freude, daß zum ersten Male eine internationale sozialistische Frauenkonferenz in Stuttgart zusammengetreten ist und erklärt sich mit den von ihr aufgestellten Forderungen solidarisch. Die sozialistischen Parteien aller Länder sind verpflichtet, für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energig zu kämpfen. Daher sind insbesondere auch ihre Kämpfe für Demokratisierung des Wahlrechts zu den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften in Staat und Gemeinde zu Gunsten des Proletariats, als Kämpfe für das Frauenwahlrecht zu führen, das energig zu fordern und in der Agitation wie im Parlament mit Nachdruck zu vertreten ist. In Ländern, wo die Demokratisierung des Männerwahlrechts bereits weit vorgeschritten oder vollständig erreicht ist, haben die sozialistischen Parteien den Kampf für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts aufzunehmen und in Verbindung mit ihm selbstverständlich alle die Forderungen zu vertreten, die wir im Interesse vollen Bürgerrechts

für das männliche Proletariat etwa noch zu erheben haben. Pflicht der sozialistischen Frauenbewegung in allen Ländern ist es, sich an allen Kämpfen, welche die sozialistischen Parteien für die Demokratisierung des Wahlrechts führen, mit größter Kraftentfaltung zu beteiligen, aber auch mit der nämlichen Energie dafür zu wirken, daß in diesen Kämpfen die Forderungen des allgemeinen Frauenwahlrechts nach ihrer grundsätzlichen Wichtigkeit und praktischen Tragweite energig vertreten wird. Der Internationale Kongress erkennt an, daß es nicht angebracht ist, für jedes Land die genaue Zeit anzugeben, wo ein Wahlrechtskampf anzufangen sei, erklärt jedoch, daß, wenn ein Kampf für das Wahlrecht geführt wird, er nur nach den sozialistischen Prinzipien geführt werden soll, also mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen und Männer.“

Am letzten Kongrestage kam der an der Spitze der Tagesordnung stehende Punkt: „Der Militarismus und die internationalen Konflikte“ in Plenum zur Verhandlung. Ueber vier Tage hatte die Kommission daran gearbeitet, um einen Gegensatz zwischen den Auffassungen der französischen und deutschen Vertreter auszugleichen, der allerdings nicht prinzipieller, sondern nur taktischer Natur ist. Die fähle Ueberlegung der Deutschen hat schließlich im großen ganzen in dieser Frage gestiftet. Nach Anhörung der Bericht-erstattung nahm der Kongress ohne weitere Debatte die ihm von der Kommission vorgelegte Resolution einstimmig an:

Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

„Der Kongress bekräftigt die Resolutionen der früheren internationalen Kongresse gegen den Militarismus und Imperialismus und stellt aufs neue fest, daß der Kampf gegen den Militarismus nicht getrennt werden kann von dem sozialistischen Klassenkampf im ganzen.“

Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen eines Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt, denn jeder Staat ist bestrebt, sein Wirtschaftsgebiet nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei die Unterjochung fremder Völker und Länder eine Camp-tolle spielt. Diese Kriege ergeben sich weiter aus den unaufhörlichen Verwicklungen des Militarismus, der ein Hauptverzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist.

Günstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klasse systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere, um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigenen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassenolidarität abzuwenden.

Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärischen Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Kämpfungen hervorgerufene Empörung der Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.

Daher ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Soldaten zu stellen und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, eine natürliche Gegnerin des Krieges, der im Widerspruch zu ihrem Ziele steht: Schaffung einer sozialistischen Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidariät der Völker betrieht.

Der Kongress betrachtet es deshalb als Pflicht der arbeitenden Klasse und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfeder für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Kämpfungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt wird.

Der Kongress sieht in der demokratischen Organisation des Gemeinwesens, der Volkswehr an Stelle der stehenden Geete, eine wesentliche Garantie dafür, daß Angrieffskriege unmöglich und die Ueberwindung der nationalen Gegensätze erleichtert wird.

Die Internationale ist außer Stande, die in den verschiedenen Ländern naturgemäß verschiedenen, der Zeit und dem Ort entsprechenden Aktionen der Arbeiterklasse gegen den Militarismus in starrer Form zu bannen. Aber sie hat die Pflicht, die Bestrebungen der Arbeiterklasse gegen den Krieg möglichst zu verstärken und in Zusammenhang zu bringen.

Tatsächlich hat seit dem internationalen Kongress in Brüssel das Proletariat in seinen unermüdblichen Kämpfen gegen den Militarismus durch die Verweigerung der Mittel für Kämpfungen zu Wasser und zu Lande, durch die Verweigerung, die militärische Organisation zu demokratisieren, mit steigendem Nachdruck und Erfolg aus den verschiedenen Aktionsformen: gegrißt, um der Ausbruch von Kriegen zu verhindern oder ihnen ein Ende zu machen, sowie um die durch den Krieg herbeigeführte Aufrechterhaltung der Gesellschaft für die Befreiung der Arbeiterklasse auszunutzen.

So namentlich die Verständigung der englischen und französischen Gewerkschaften nach dem Paschodafsch zur Sicherung des Friedens und zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Frankreich; das Vorgehen der sozialdemokratischen Partei im deutschen und im französischen Parlament während der Maroffskriege; die Kundgebungen, die zum gleichen Zweck von den französischen und deutschen Sozialisten veranstaltet wurden; die gemeinsame Aktion der Sozialisten Österreichs und Italiens, die sich in Triest versammelten, um einem Konflikt der beiden Staaten vorzubeugen; weiter das nachdrückliche Eingreifen der sozialistischen Arbeiterchaft Schwedens zur Verhinderung eines Angriffs auf Norwegen; endlich der heldenhafte opferwillige Kampf der sozialistischen Arbeiter und Bauern Rußlands und Polens, um sich dem vom Zarismus entfesselten Krieg zu wider-

setzen, ihm ein Ende zu machen und die Kräfte des Landes zur Befreiung der arbeitenden Klasse auszunutzen.

Alle diese Bestrebungen legen Zeugnis ab von der wachsenden Kraft des Proletariats und von seiner wachsenden Kraft, die Aufrechterhaltung des Friedens durch entschlossenes Eingreifen zu sichern; die Aktion der Arbeiterklasse wird um so erfolgreicher sein, je mehr die Geister durch eine entsprechende Aktion vorbereitet und die Arbeiterparteien der verschiedenen Länder durch die Internationale angehort und zusammengefaßt werden.

Der Kongress ist der Ueberzeugung, daß unter dem Druck des Proletariats durch eine energigste Anwendung der Schiedsgerichte an Stelle der kläglichen Veranlassungen der Regierungen die Wohlfahrt der Abriistung den Völkern gesichert werden kann, die es ermöglichen würde, die enormen Aufwendungen an Geld und Kraft, die durch die militärischen Kämpfungen und die Kriege verschlungen werden, für die Sache der Kultur zu verwenden.

Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Massen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrechterhaltung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Als Tagungsort des nächsten internationalen Kongresses wurde Kopenhagen bestimmt.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1906.

II.

Bei dem im ersten Artikel geschilderten glänzenden Aufschwung der Mitgliederzahl mußte natürlich auch

das Massenwesen der Gewerkschaften

einen bedeutend größeren Umfang annehmen. Die Steigerung der Einnahmen aller Verbände ist im Berichtsjahre ganz besonders groß gewesen. Im Jahre 1904 betrug die Gesamteinnahme der Zentralverbände M. 20 190 630, 1905 M. 27 812 257 und 1906 M. 41 602 939. Von 1904 zu 1905 steigerte sich die Einnahme um 37,7 pSt., von 1905 zu 1906 aber um 49,5 pSt. Diese Erhöhung der Einnahme ist nicht nur infolge der Vermehrung der Mitgliederzahl eingetreten, sondern die Leistungen pro Kopf der Mitglieder sind ganz enorm in den letzten Jahren gewachsen. Auf die gesamten Mitglieder aller acht Verbände berechnet, betrug die Einnahme pro Kopf im Jahre 1891 M. 6,68; 1895 M. 11,53, 1900 M. 18,89, 1904 M. 19,19, 1905 M. 20,68 und 1906 M. 24,62. In den einzelnen Organisationen ist die Einnahme pro Kopf der Mitglieder wesentlich verschieden. Sie steigt von M. 5,44 bei den Maßgebern bis zu M. 84,11 bei der Lithographen. Es hatten 1906 pro Kopf der Mitglieder all-Jahres-einnahme über dem Durchschnitt (M. 24,62) die Verbände der Lithographen, 84,11, Rotensticher 58,61, Buchdrucker 56,64, Buchdrucker Gesell.-Verbände 48, Formsticker 46,07, Bildhauer 44,57, Hafenarbeiter 38,26, Metallarbeiter 32,87, Buchbinder 31,48, Stukkateure 30,98, Holzarbeiter 30,91, Lederarbeiter 30,69, Zigarrensortierer 30,04, Zimmerer 27,78, Glaser 27,77, Gutmacher 26,10, Porzellanarbeiter 25,90, Tapetierer 25,49, Kupferstiche 25,06, Müller 25,05, Löhner 24,98, Handschuhmacher 24,94, Maler 24,63, Bildhauer 24,62.

Unter dem Durchschnitt standen die Verbände der Xylographen mit M. 24,55, Graveure 22,86, Tabakarbeiter 22,12, Buchhändler 22,08, Steinmetzen 21,74, Maurer 20,82, Schiffszimmerer 20,82, Seileute 20,61, Küchler 20,40, Brauereiarbeiter 20,38, Barbier 20,26, Gastwirtschaftsgehilfen 20,19, Bäcker 20,14, Steinarbeiter 20,12, Glasarbeiter 19,98, Schmiede 19,71, Sattler 19,34, Handels- und Transportarbeiter 19,31, Schuhmacher 18,71, Photographen 18,39, Buchdruckereihilfsarbeiter 18,11, Konbitorer 17,87, Portefeulier 17,86, Gärtner 16,97, Dachdecker 16,56, Bergarbeiter 15,87, Fabrikarbeiter 15,48, Vergolder 15,26, Bildhauer 14,99, Gemeindevorarbeiter 14,11, Hoteldiener 13,39, Lagerhalter 13,32, Schneider 12,61, Asphaltreute 12,40, Maschinisten 11,75, Fleischer 11,68, Zettlarbeiter 11,42, Blumenarbeiter 11,39, Handlungsgehilfen 10,66, Bureauangestellte 9,61, Schirmmacher 5,45, Maßgeber 5,44.

Die Jahresausgaben aller Verbände betrugen M. 36 963 413. Auch in diesem Posten ist eine gewaltige Steigerung eingetreten; denn die entsprechenden Ziffern hatten für 1905 M. 25 024 284 und für 1904 M. 17 738 756. Welch riesige Entwicklung! Zur Beurteilung des Gewerkschaftswesens haben die Ausgaben eigentlich einen besseren Maßstab als die Einnahmen; denn während jene widerpiegeln, was die Gewerkschaften sind, sagen uns diese was sie tun. Und wenn wir uns erinnern, daß die Ausgaben aller Verbände im Jahre 1891 erst M. 1 606 584 betrugen, dann können wir uns ungefähr ein Bild von dem Wachsen, Werden und Ringen der organisierten Arbeit machen. Die Ausgaben sind natürlich auch pro Kopf gestiegen. Sie betrugen im Jahre 1891 M. 9,62, 1895 M. 9,86, 1900 M. 11,89, 1904 M. 16,86, 1905 M. 18,61 und 1906 M. 21,88. Ohne Frage ist dies Wachstum der Ausgaben zu einem erheblichen Teile dem Ausperrungsstieber der Unternehmerrorganisationen zuzuschreiben. Die Aufwendungen der Gewerkschaften

für Ausperrungen betrugen im Jahre 1906 M. 1 959 796, im Jahre 1905 M. 4 198 250, im Jahre 1904 waren sie auf M. 5 815 682 gestiegen.

Auf die einzelnen Zweige gewerkschaftlicher Tätigkeit entfallen von den Ausgaben des letzten Jahres folgende Summen:

Es verausgaben im Jahre 1906 für:

	Organisationskosten	M.
Verbandsorgan.	66	1594009
Agitation	65	1830753
Streiks im Beruf	57	13866933
Streiks in anderen Berufen	53	851479
Rechtsprechung	56	842539
Gewerkschaftenunterstützung	46	795209
Rechtsunterstützung	46	758222
Arbeitslosenunterstützung	43	2653296
Krankensunderstützung	43	8281741
Invalidenunterstützung	9	351181
Beihilfen in Sterbefällen	44	416177
Beihilfen in Notfällen	45	514368
Unzugeschoßene	42	250737
Stellungsvermittlung	18	26559
Wohlfühlkosten	34	255203
Sonstige Zwecke	59	3278041
Konferenzen und Generalversammlungen	48	283772
Beitrag an die Generalkommission	59	220754
Beitrag zu internationalen Verbindungen	21	21417
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	40	420709
Projektkosten	14	26516
Gehälter	66	548648
Berwaltungsmaterial	66	763875

Die Ausgabe für Streiks und Ausperrungen steht, wie nach dem Verhalten des Unternehmertums in Deutschland nicht anders zu erwarten, an erster Stelle. Aber auch die Unterstützungen an Arbeitslose und Kranke sind ganz bedeutend in die Höhe gegangen. Wie sich diese Ausgaben im Laufe der Jahre erhöht haben, zeigt die folgende Aufstellung. Es verausgaben die Gewerkschaften für:

	1891	1895	1900	1905	1906
Streiks und Ausperrungen	1037789	253589	2625642	9674094	13748412
Arbeitslosenunterstützung	—	64290	190912	501078	1919224
Krankensunderstützung	—	454114	656026	1920639	3281741

Zu den 16 Jahren von 1891 bis 1906 wurden verausgabt für Rechtschutz M. 1 471 246, Genesungsunterstützung M. 3 113 120, Arbeitslosenunterstützung M. 7 214 111, Arbeitslosenunterstützung M. 12 999 107, Invalidenunterstützung M. 1 746 196, Beihilfen in Not- und Sterbefällen M. 4 035 079, zusammen M. 43 588 416; für das Verbandsorgan M. 10 482 357, zusammen für Unterstützung und das Verbandsorgan M. 54 070 773; für Streiks und Ausperrungen M. 46 668 655. Trotz der in den letzten Jahren erfolgten gewaltigen Steigerung bleibt die Ausgabe für die wirtschaftlichen Kämpfe in dem genannten Zeitraum doch noch um M. 7 202 118 hinter der für Unterstützungen und Bildungsmittel zurück; ein Beweis für, daß wohlthätige Wirken der Gewerkschaften und ihre Bedeutung als Bildungsanstalten.

An den Kassenbestand hatten die Verbände am Schluß des Jahres 1906 die Summe von M. 25 312 684. Das sind pro Kopf der Mitglieder berechnet M. 14,98. Im Jahre 1891 betrug der Kassenbestand pro Kopf der Mitglieder M. 2,56, 1895 M. 6,96, 1900 M. 11,38 und 1905 M. 14,60. Trotz der Steigerung der Ausgaben im allgemeinen und der gewaltigen Ausgaben für Streiks und Ausperrungen vermochten die Gewerkschaften ihren Widerstandsfonds noch zu erhöhen. Der Vermögensbestand ist in den Gewerkschaften äußerst verschieden. Von den M. 25 312 684 Bestand entfallen auf den Verband der Buchdrucker M. 6 682 986, der Metallarbeiter M. 3 564 172, der Maurer M. 3 441 416, der Holzarbeiter M. 2 334 798, der Zimmerer M. 1 322 303 und der Bergarbeiter M. 1 252 645. Alle anderen Organisationen haben je einen Bestand von weniger als M. 1 000 000.

Auf den Kopf der Mitglieder berechnet, hatten am Schluß des Jahres 1906 Kassenbestand in Mark: Rotenstetter 195 04, Buchdrucker 151,26, Holzrings 151,26, Buchdrucker 120,50, Holzrings 68,04, Rotenstetter 42,91, Zimmerer 41,48, Holzrings 30,08, Rotenstetter 28,88, Buchdrucker 26,77, Zimmerer 26,16, Bildhauer 24,09, Bergarbeiter 24,08, Kupferarbeiter 23,07, Zigarrenarbeiter 22,58, Seileute 22,35, Schiffszimmerer 22,03, Zigarrenarbeiter 20,88, Steinleger 19,71, Maurer 19,42, Steinarbeiter 18,88, Lagerhalter 18,56, Porzellanarbeiter 18,48, Köpfer 15,95, Holzarbeiter 15,94, Blumenarbeiter 15,66, Saffler 13,78, Steinarbeiter 12,98, Rührer 12,59, Photographen 12,46, Maler 11,97, Bauhilfsarbeiter 11,84, Schuhmacher 11,81, Bergarbeiter 11,80, Zivilmilitär 11,50, Buchdruckerhilfsarbeiter 11,26, Metallarbeiter 11,08, Brauereiarbeiter 10,54, Hotelbdiener 10,36, Müller 10,24, Dachdecker 9,97, Gastwirtschaftlichen 9,90, Wäcker 9,48, Bureauangestellte 9,27, Altpfalter 7,92, Handels- und Kraftsportarbeiter 7,78, Böttcher 6,88, Lederarbeiter 6,84, Korbweber 6,65, Gerberei 6,19, Gemeindearbeiter 5,79, Barbier 5,65, Glaser 5,52, Buchbinder 5,43, Gärtner 5,04, Fabrikarbeiter 4,98, Schneider 4,98, Schirmmacher 4,23, Schmiede 4,19,

Fleischer 4,05, Fabrikarbeiter 3,78, Maschinenisten 3,34, Glasarbeiter 2,81, Wäscharbeiter 2,66, Tabakarbeiter 2,65, Textilarbeiter 1,60, Handlungsgeschäften 1,59.

Diese Zahlen sind eigentlich die „Rechtsseite der Medaille“. Abgesehen von den Verbänden des graphischen Gewerbes verfügen alle Verbände bei weitem nicht über die Mittel, die sie bei der raschen Entwicklung der Arbeitskämpfe haben müssen. Wir müssen noch in weit höherem Maße „Kassenmenschen“ werden, wenn wir den künftigen Konflikten gewachsen sein wollen. Von den

Unterstützungseinrichtungen
erfährt die Arbeitslosenunterstützung in dem Bericht eine besondere Würdigung. Es zahlten im Jahre 1906 (resp. 1905 und 1904): Arbeitslosenunterstützung 49 (49, 46) Verbände, Arbeitslosenunterstützung 43 (41, 38) Verbände, Krankenunterstützung 44 (40, 31) Verbände, Invalidenunterstützung 7 (6, 5) Verbände, Unterstützung in Sterbefällen 47 (43, 39) Verbände. Man sieht also, daß sich das Unterstützungsnetz stetig weiter ausdehnt, was unter den von uns schon mehrfach entwickelten Gesichtspunkten wohl zu begrüßen ist. Die dafür ausgegebenen Summen haben wir oben schon angeführt. Von der

Gewerkschaftspressen
wird berichtet, daß 64 Verbände ein eigenes Organ haben und zwei Verbände ihren Mitgliedern das Organ eines verwandten Berufes liefern. Die 64 Gewerkschaftsblätter hatten insgesamt eine Auflage von 1 920 250 Exemplaren gegen 1 550 450 Exemplare im Jahre 1905 und 782 930 Exemplare im Jahre 1900. Von den Blättern erschienen: 1 wöchentlich dreimal, 30 wöchentlich einmal, 19 alle 14 Tage, 5 monatlich dreimal, 4 monatlich zweimal und 5 monatlich einmal.

Politische Umschau.

Zu einer Anerkennung der Arbeiterorganisation
als Verhandlungs- und Vermittlungsfaktor zwischen Arbeitern und Unternehmern ist der 23. rheinische Handwerkerkongress, der am 25. und 26. August in Aachen verhandelt, gekommen. Herr Esser-Emskirchen referierte über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern. In der Diskussion kam das Bedauern zum Ausdruck, daß man mit den Gewerkschaften als einem „notwendigen Übel“ rechnen müsse; man solle sich hüten, sich ihnen zu beugen. Tarifverträge, meinte ein Redner, böten dem Handwerksmeister noch keine Seite eine Sicherheit. Folgende Resolution wurde angenommen:

Der 23. rheinische Handwerkerkongress hält es für seine Pflicht, festzustellen, daß zwar die heutige gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter eine solche Ausdehnung angenommen hat, daß mittels derselben erreicht werden muß, daß jedoch andererseits der Unterschied zwischen Handwerksmeister und ungelerten Arbeiter auch in diesen Organisationen zum Ausdruck kommen müßte, was ein Zusammengehen der verschiedenen Organisationen in großen Fragen nicht ausbleibt. Um diese von uns geforderte Trennung zwischen Gesellen und ungelerten Arbeiter zu rechtfertigen, sollen die Vertreter des Handwerks alles aufbieten, um die Gesellen der Handwerksmeister zu sichern und dadurch das Selbstbewußtsein leichter und erhabener zu machen. Es wird den Organisationen der Handwerksmeister dringend empfohlen, an sie herantretende Gesellen der Gewerkschaft niemals ohne weiteres abzuweisen, sondern einer Verhandlung auf friedlichem Wege zuzustimmen. Der Abschluß von Tarifverträgen ist nur dann zu empfehlen, wenn sie den besonderen Bedürfnissen im Handwerke Rechnung tragen und, wenn mit Gewerkschaften verhandelt wird, die Sicherheit bieten, daß sie die geschlossenen Verträge den Meistern gegenüber hochhalten. In Anbetracht dessen, daß durch die jetzt immer häufiger in die Erscheinung tretenden Streiks das Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen nicht gebessert, sondern immer mehr verschlechtert wird, richtet der rheinische Handwerkskongress an die Handwerkskammern die dringende Bitte, der Lohnbewegung entgegen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und als Vermittler zur Beilegung von Lohnstreitigkeiten aufzutreten. An die Innungen und Gewerbevereine richtet der Bund die Aufforderung, der Handwerkskammer von Lohnstreitigkeiten sofort Mitteilung zu machen und deren Vermittlung zur Beilegung der Streitigkeiten anzuregen.

Es ist verständlich, daß man in diese Resolution die unzufriedene Behauptung, die Gewerkschaften seien ein „notwendiges Übel“, nicht aufgenommen hat, denn damit würde der Handwerker allein argen. Tiefstand sozialpolitischer Unzufriedenheit befand haben. Uns interessiert besonders, daß die Resolution die Gewerkschaften deshalb als Faktor, mit dem man rechnen muß, gelten läßt, weil sie eine Macht geworden sind. Ihre Tendenz und ihre Bestrebungen waren von Anfang an darauf gerichtet, Streiks möglichst zu vermeiden, Verhandlung auf friedlichem Wege zu erreichen. Dem hat das organisierte Unternehmertum mit aller Kraft sich widersetzt und der Arbeiterorganisation die Anerkennung verweigert. Unter diesem Kampf mit ihm hat die gewerkschaftliche Organisation sich ihre Position erobern müssen. Wir begrüßen den Entschluß des rheinischen Handwerkskongresses, der auf den Weg der Verständigung mit der Arbeiterkraft verweist, die ohne Mitwirkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation ja gar nicht möglich ist. Möchte diese Empfehlung eine vernünftige Taktik sein auch alleseitig von denen befolgt werden, denen sie gemacht worden ist.

Die Reform der Versicherungsgesetze und Sozialversicherungssturz. Aus Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, wurde der „Sozialpolitischen Rundschau“ folgendes berichtet:

Es ist unweifelhaft, daß Bismarcks seinen Sturz selbst mit herbeigeführt hat. Seit Jahr und Tag war die Mißbilligung gegen den Staatssekretär, welcher auch allerhöchsten Persönlichkeiten gegenüber sich stets das Recht der sachlichen Kritik wahrte und der nie als geschmeielter Hülfing aufgetreten ist, ein großer Fehler in unserer byzantinischen Zeit —, stark gewachsen. Auch seine

fehlende Bescheidenheit in der arbeiterfeindlichen Presse wurde ihm gefährlich. Soeben war es unmöglich, Bismarck zu entlassen, da nur seine hervorragende Arbeitskraft im Stande war, die großen Aufgaben seines Ressorts zu erledigen. Wir denken dabei speziell an die Reform der Arbeiterversicherung.

Bismarck ist in den Fragen der inneren Politik bekanntlich sehr wenig erfahren, und er hatte Bismarck, der speziell auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung selbst Fachmann ist, unbedingt nötig. Als aber letzterer in seiner großen Reichstagsrede vom 17. April offenbar unter dem Einfluß seiner Mäße seine großzügige Reform fallen ließ und sich mit der Modifikation der drei Versicherungsgesetze begnügen wollte, begrub er damit seine eigene Stellung, denn die Durchführung des kleinen Fildewerts an unserer sozialen Gesetzgebung glaubt Bismarck ohne Bismarck bewerkstelligen zu können. So wurde Luncius mit seiner bekannten Mission betraut, und es entsprach ganz der Gesinnung der maßgebenden Kreise Bismarck gegenüber, daß der Staatssekretär im Reichsamt des Innern in so dristischer Form aus seinem Amt entlassen wurde. Das ihm von Luncius angebotene Amt eines Oberpräsidenten von Preußen schloß ab, denn er sich durch die ihm zu teil gewordene Behandlung mit Recht gekränkt in das Privatleben zurück. Das Deutsche Reich hat damit seinen wichtigsten Minister und die deutsche Sozialpolitik einen Freund verloren, dessen Bedeutung erst dann richtig gewürdigt werden wird, wenn die unter dem Einfluß der agrarisch-konserverativen Strömungen jetzt vorbereiteten sozialen Gesetze an die Öffentlichkeit gelangen. Denn wenn auch Bismarck vielleicht positiv nicht jählich erreicht hat, so hat er doch stets diesen Einfluß zu bekämpfen gewußt.

Die offiziöse bekundeten „Berliner Politischen Nachrichten“ behaupten nun, es sei nicht wahr, daß der ehemalige Staatssekretär von jeher die großzügige Versicherungsreform beabsichtigt habe. Tatsächlich hat Graf Bismarck früher von einer gründlichen Aenderung des Systems der sozialpolitischen Gesetzgebung gesprochen und eine einheitliche Organisation in Aussicht gestellt. So sagte er noch am 2. März 1905 im Reichstage:

„Unfall, Krankheit und Invalidität sind drei, ich möchte sagen physiologische Zustände, die miteinander in ihren Ursachen und Wirkungen eng zusammenhängen. Es ist eine der verwirklichten Aufgaben gegenüber der geschichtlichen Entwicklung unserer sozialpolitischen Organisation, einen einheitlich, klar und schnell arbeitenden neuen Organismus zu schaffen. Wenn die Sozialpolitik bei uns auf einer wirksamen, sozialpolitisch und finanziell sicheren Grundlage aufgebaut werden soll, wird nichts anderes übrig bleiben, als an eine solche große Reform mutig heranzugehen.“

Für diese große Reform verlangte Bismarck die unbedingte Vertrauen des Reichstages, der sich auf Erörterungen der Einzelbestimmungen nicht einlassen dürfe. Nach den letzten Aenderungen Bismarcks in der Reichstagsfassung vom 11. April 1907, die auch in der Diskussion als eine Umkehr gedeutet wurden, scheint man allerdings an nichts weniger als an eine Reform im großen Stile zu denken. Die „Sozialpolitische Rundschau“ nimmt nochmals das Wort zu der Sache. Sie schreibt:

Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Durchführung der Krankenversicherung und Invalidenversicherung in getrennten Organisationen unzulässig ist. Krankenversicherung und Invalidenversicherung gehören untrennbar zusammen. Invalidisierung ist der Abwärts der längeren Krankheit, und die schon jetzt in großem Umfange durchgeführte vorübergehende Krankenfürsorge der Invalidenversicherung kann nur dann zur vollen Wirkung kommen, wenn diese Tätigkeit im frühesten Stadium, das heißt bei Beginn der Krankheit eintritt. Für jeden Kenner der Verhältnisse kann es keinem Zweifel unterliegen, daß nur eine materielle Verschmelzung dieser beiden Versicherungen eine wirkliche Vereinfachung bringen kann. Auch die Krankenstellen stehen im Prinzip durchaus auf dem Boden dieser Verschmelzung, sie wollen nur, daß die Invalidenversicherung in der Krankenversicherung aufgeht. In erster Linie handelt es sich dabei für die gegenwärtig die Krankenstellen beherrschende Arbeiterkraft um die Erhaltung ihrer Zweidrittelmehrheit, also um eine reine Maßnahme. Für eine leistungsfähige Tätigkeit und Entwicklung der Arbeiterversicherung ist es unerlässlich, daß eine lokale Zentralisation partiell organisiert wird. Das letzte Wort über die Reform hat der Reichstag zu sprechen. Möge an dieser Stelle mit aller Energie für eine wirkliche Reform eingebracht werden.

Die hier in Rede stehende „Parteilichkeit“ wird die Sympathie der Arbeiter wohl nicht finden. Es handelt sich für sie darum, daß die Versicherung ihrer Kassen durch das Unternehmertum verhindert wird. Und darauf zielt die „Parteilichkeit“ ziemlich deutlich ab.

Polizeikampf gegen Arbeitersekretariate. Die Reichsgewerbeordnung enthält in ihrem § 35 die Bestimmung, daß Personen, die nach der Meinung der Polizei „unzuverlässig“ sind, der Betrieb bestimmter Gewerbe unterlagt werden kann. Es handelt sich in erster Linie um Tanz-, Turn- und Schwimmunterricht, weiter um den sogenannten Trübsalhandel sowie um den Handel mit Sprengstoffen, Feuerlöschern usw. Im Jahre 1899 ist die Bestimmung ausgedehnt worden auf die gewerkschaftliche Beförderung fremder Reichsgewerbe, Arbeitsunterstützung usw. Als die diesbezügliche Vorlage im Reichstage zur Verhandlung stand, provozierte der Reichstagsabgeordnete Genosse Weber eine ungewöhnliche Erklärung vom Regierungssitz darüber, ob die Arbeitersekretariate durch die neue Bestimmung getroffen werden könnten. Darauf antwortete der Staatssekretär Graf Bismarck am 23. November 1899 wie folgt:

„Meine Herren, was wir treffen wollen, darüber ist, wie ich glaube, im ganzen Hause kein Zweifel. Der Herr Abgeordnete Meißner unterscheidet zwei wichtige Begriffe nicht: es kann etwas gefährlich und wichtig betrieben werden, es braucht aber deshalb nicht gewerkschaftlich betrieben zu werden; letzteres setzt die Absicht voraus, damit einen Gewinn zu erzielen (Sehr richtig!) und auch für den einzelnen Fall einloßt zu werden. An diesen Fall wollen wir treffen. Wenn aber jemand geschäftsmäßig aus humanitären Gründen solche Auskünfte erteilt, fällt er nicht unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung. Diese Auskunft ist, glaube ich, ebenso lausig wie klar, so daß Herr Abgeordneter Meißner beruhigt sein kann.“ (Sitz. Bericht S. 2968 D.)

Als trotzdem einige Polizeiverordnungen (in Josen, Beuthen und Gera) gegen die Arbeitersekretariate vorgehen, interpellierte die sozialdemokratische Fraktion den Reichstagsler am 22. Februar 1907, was er dazu sagte. Im Auftrage des jetzigen Reichstagslers wiederholte Graf Polodowsky an diesem Tage, daß gegen die Arbeitersekretariate auf Grund der Gewerbeordnung nicht eingeschritten werden dürfe. Der Staatssekretär teilte einen Erlass des preussischen Justizministers mit, der das Einschreiten gegen die Arbeitersekretariate verboten hat und fuhr dann fort:

Von der Mundverfügung des Herrn Justizministers ist dem Herrn Minister des Innern mit dem Anheimschreiben Mitteilung gemacht worden, die zuständigen Polizeibehörden mit entsprechender Weisung zu versehen. Das ist, wie mir eben mitgeteilt wird, beabsichtigt und es soll auch der Herr Minister des Innern die Rechtsauffassung teilen, die der Herr Justizminister ausgesprochen hat und der ich wiederholt Ausdruck gegeben habe. (St. Ver. S. 4412 B.)

Sogar die Unterfertigung eines Schriftsatzes gegen Entgelt hat der Staatssekretär in dieser Rede für den Fall als nicht gegen den § 35 der Gewerbeordnung verstoßen gelten lassen, gegen die empfangene Vergütung an das Bureau des Kartells abgeliefert werde.

Trotz alledem hat nun das Polizeipräsidium in Königsberg in V. den dortigen Arbeitersekretär Stoll unangenehm mit einem Strafbescheid bestraft, weil er seinen „Gewerbebetrieb“ als „Rechtskonflikt“ nicht angezeigt habe. Gegen diese Polizeimaßregel hat Stoll gerühmte Unterstützung beantragt.

Die von der Königsberger Polizei beanstandete Tätigkeit des Arbeitersekretärs wird vollständig in entgegenstehender Weise für alle das Sekretariat in Anspruch nehmenden Personen, ohne Unterschied der Parteistellung, der Konfession und des Berufs.

„Gott segne die christliche Arbeit“. Mit diesen Worten schließt ein Flugblatt, das „christlich-katholische“ Arbeiter des Saarreviers gegen die „interkonfessionell-christlichen“ Gewerbevereine losgeschickt haben. Es ist eine Antwort auf ein Flugblatt des „christlichen“ Vergarbeiter-Gewerbevereins. „Wir gehen aus dem überchristlichen Kampfbild folgenden Sätzen hervor:

„Als der geistlichen Väter der Lehramtsreform der sogenannten christlichen Gewerkschaften des Saarreviers ist wieder mal ein Schimpfungsblatt hervorgegangen. Es ist ein Pamphlet der allerchristlichsten Sorte, voll von Unwahrheiten und Verleumdungen gegen unsere katholische Arbeiterbewegung und ihre Führer. Wir glauben zwar nicht, daß noch ein vernünftiger Mensch auf dieses Blättchen reinkommt. Gleichwohl wollen wir annehmen, daß ein Arbeiter, der noch etwas auf seine Ehre hält, sich mit solchen unflätigen Auslassungen für die sogenannte christliche Gewerkschaftsbewegung beugen läßt. Wir sind derartige Aushebungen von seit Jahren gewohnt und bedauern nur, daß die Arbeiter, denen derartige Schmutz zur Verfügung ihrer gewerkschaftlichen Überzeugung geboten wird, nicht mehr tun als natürlich die armen Gewerkschaftsführer, die in der Entgegnung sachlicher Gründe ihre Stellung mit solchen Lehramtsreform betriebsmäßig“.

Über die Entgegnung des „christlichen“ Gewerbevereins der Vergarbeiter im Saarrevier lagen die „christlichen Katholiken“ sein „letzte Stündlein“ habe geschlagen. 1700 Mitglieder habe er in letzter Zeit verloren. Von „christlichen Metallarbeitergewerkschaften“ hätten „Sunderer ihre Mitgliedschaft zurückgezogen“. Als ein „ganz sicherer Beweis baldiger Auflösung“ des „christlichen Gewerbevereins“ sei der Verzicht, sich mit den „katholischen Facharbeitern“ anzuschließen, zu betrachten.

Wörtlich heißt es in dem Flugblatt: „Sange Facharbeitern der „Christlichen“ sind in den letzten Monaten, teilweise mit ihren Vorständen, zu uns übergetreten. Und in der Pfalz, wo wir jahrelang unter den schwierigsten Verhältnissen mit einem einzigen Verein auftreten erhalten konnten, haben wir seit der letzten Reichstagswahl sieben neue Vereine erworben. Die dortigen Mitglieder sind fast alle ehemalige „Christliche“. Sie haben den Schwund von der politischen Neutralität der sogenannten christlichen Gewerkschaften am eigenen Leibe erfahren, und der schändliche Arbeiterverrat, den einige der Herren-Führer (der Gewerbevereine) bei der letzten Reichstagswahl in den Wahlkreisen Saarbrücken, Ottweiler und Somburg-Kusel begangen haben, hat ihnen die Augen geöffnet. ... Die Mitglieder selbst empfinden Ekel an der Kampfbild ihrer Sekretäre und verwerten sie in die Grenzen des Anstandes zurück. Wir haben immer die Überzeugung vertreten, daß der Saarbergmann viel zu anständig ist, als daß er sich diesen Sanhedronden der christlichen Gewerkschaftsführer lange gefallen lassen wird. Wir haben uns also auch nicht getraut.“

Gar nicht übel deutet dann das Flugblatt auf, mit welcher Ungenauigkeit seitens der „christlichen Gewerbevereine“ im Schwindel mit Mitgliedszahlen gemacht wird. Darüber sagt das Flugblatt:

„Ihr habt gewiß schon alle einmal den Prospekt irgendeiner Lotteriegewinnung gesehen. Um die Spieler anzulocken, werden möglichst große Zahlen aufgestellt. Wie werden nach oben abgerundet, und möglichst viele Nullen werden fettgedruckt aneinander gereiht. Ebenso machen es die sogenannten christlichen auf ihren Flugblättern. Ein unbefangener Mann läßt sich dadurch nicht irren lassen. Er weiß, daß die Nullen wirkliche Nullen, also wertlos sind, wie das Papier, auf dem sie gedruckt sind. Rattenaffen! Glaubt Ihr schon mal, gesehen, daß die christlichen Gewerkschaften im Saarrevier um kleinere Zahlen zugunommen haben? Wir kommt es nur, daß es immer gleich Tausende, ja Hundtausende sind? Wertwörter, höchst wertwörter! Raum angefangen, treten sie 1906 mit 8000 Mitgliedern im Saarrevier auf den Plan. Im Frühjahr 1907 sollen es schon 18 000, 10 000 mehr sein; jetzt sollen es rund — (?) 20 000 sein. Um demselben Tage, an welchem in dem hier angeführten Flugblatt 20 000 Mitglieder angegeben waren, wurde in Durbach ein Flugblatt herausgegeben, wonach es 25 000 Mitglieder seien. Bis zum 1. Januar 1908 (der Weihnachtstag) wird sie schon bringen müssen es dann rund 30 000 werden. Wir haben keinen parlamentarischen Ausdruck für diese Art Neblame.“

Und diese wüste Schimpfepistel schließt dann mit dem gewöhnlich „indifferent“ herausgeschickten: „Gott segne die christliche Arbeit.“ — Wui Teufel!

„Und wußt du nicht mein Bruder sein...“ In der vorigen Nummer des „Grundstein“ nahmen wir von einigen Schauernärrern bürgerlicher Wälder über die Freiheit und Brüderlichkeit der Sozialdemokratie Notiz, wobei wir gleich

unseren Zweifel an der Wahrheit der Mitteilung ausdrückten. Über den ersten Fall bringt nun der „Courier“, das Fachorgan der Handels- und Transportarbeiter, folgende dankenswerte Mitteilung. Die Aufklärung der Sozialdemokratie lautet im vollen Umfang wie folgt:

„Die geistigen Waffen der Sozialdemokratie. Ein Arbeiter hat mit voller Namensunterschrift im „Brandenburger Anzeiger“ folgendes veröffentlicht: Wie es einem organisierten Arbeiter gehen kann, wenn er nicht mehr mittun, sondern aus dem Verband ausscheiden will, mag folgender Vorfall zeigen, der mir gestern, Montag Vormittag, passiert ist. Um mein Buch zurückzufordern; begab ich mich in die Wohnung des Sekretärs des Handels- und Transportarbeiterverbandes Franz Wähle, Brüderstr. 1. Auf mein Verlangen um Auslieferung des Mitgliedsbuches wurde ich von diesem schroff abgewiesen, als ich auf die Mitgabe bestand, an der Brust gepackt, zur Erde gedrückt und gemißhandelt, so daß ich im Gesicht mehrere Verletzungen davontrug. — Über die ersten Verletzungen habe ich mir ein ärztliches Attest ausstellen lassen. Sie übergebe die Kenntnis dieser menschlichen Verhöhnung der Öffentlichkeit, vielleicht dient der Vorgang manchem zur Warnung. Anton Porawski.“

„Sa, welche Lust, Genosse“ zu sein.“

Der „Courier“ stellt nun fest, daß die „terroristische“ bürgerliche Presse von ihrem Schilling wiederum einmal ganz fälschlich angelogen worden ist. Der Kassierer Wähle schildert den Vorgang folgendermaßen:

Der Arbeiter V. trat am 12. März 1906 zum ersten Male in den Verband ein, am 29. August jedoch schon wieder aus. Dieses Jahr kam er am 11. März und ließ sich wieder aufnehmen. Bei dieser Gelegenheit fragte ich denselben, wie lange er denn diesmal im Verband zu bleiben gedachte. V. gab ausweichende Antwort. Nachdem er dann vier Wochen beitragslos gelaufen, trat er wiederum am 29. Juli, Mittags, kam in meine Wohnung und forderte sein Mitgliedsbuch mit der Begründung, er wolle zum Fabrikarbeiterverband übertreten. Darauf aufmerksam gemacht, daß das Mitgliedsbuch Verbandsbesitz und er auch auf Grund der Statuten wegen Mißhandlung der Beiträge nicht mehr als Mitglied zu betrachten sei, fing er an zu schimpfen. Ich vernahm ihn zur Ruhe und machte ihn darauf aufmerksam, daß sein Verhalten als Hausfriedensbruch zu betrachten sei. Jetzt schlug V. auf mich ein und ich sah mich gezwungen, ihn abzuwehren. So geht es zu, daß V. dabei den kürzeren gezogen hat. Lediglich wird sich derselbe wegen seines Verhaltens noch vor Gericht zu verantworten haben.“

„Nationale“ Landtags-Mandatschmonner. Der „Nationale Arbeiter-Wahlauschuss“ richtet an die „nationalen“ Arbeiter und zugleich an die bürgerlichen Parteien einen Aufruf, in dem er erklärt, er wolle zu der heftigst diskutierten Frage der Wahlrechtsreform keine prinzipielle Stellung nehmen, er wolle aber die politischen Parteien bei den bevorstehenden Landtagswahlen (1908 in Preußen) vor die grundsätzliche Frage stellen, ob sie bereit sind, den Arbeiterlandpraktisch als gleichberechtigt zu betrachten und als Ausdrück dessen bei den bevorstehenden Landtagswahlen Arbeiter und zwar organisierte Arbeiter und keine „Selben“ als Abgeordnete wählen zu lassen.

Wie kann der „Ausbruch“ es wagen, sich eine Kundgebung gewissermaßen im Namen der ganzen Arbeiterklasse zu erheben? Es ist eine drallsche Komit nicht entbehrende Annahme, die daraus spricht, daß er sich berufen rachtet, von den bürgerlichen Parteien die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter zu verlangen. Und dabei hat er nicht den Mut, selbständige Stellung zu nehmen zu der Frage der Wahlrechtsreform in Preußen! Er möchte eben mit seiner der bürgerlichen Parteien, die sich wegen dieser Reform in den Haaren liegen, verderben.

In dem Aufrufe heißt es:

„Die Parteitage der in Betracht kommenden Parteien stehen bevor. Es ist deshalb die Pflicht aller national gesinnten Arbeiter und ihrer aufrichtigen Freunde, laut und nachdrücklich die Parteien aufzufordern, einer Anzahl Arbeiter als Abgeordneten die Mitwirkung bei der Landtagsabstimmung zu ermöglichen. Die Landtagswahlen sind in weit größerem Maße geeignet, den guten Willen der einzelnen Parteien, wie weit es ihnen damit wirklich ernst ist, den Arbeiterstand als gleichberechtigt anzuerkennen, zu prüfen. Denn bei den Landtagswahlen verfügen die alten Parteien in weit größerem Maße wie bei der Reichstagswahl ohne Ausnahme über eine erhebliche Anzahl sogenannter houbenischer Wahlkreise. In einigen davon können sie wohl geeignete Arbeiter ihrer Richtung wählen lassen oder Arbeiter als Kompromisskandidaten unterstellen. Wir fordern namens der Gerechtigkeit für Arbeiter sich und Stimme im preussischen Landtag. Die nationalen Parteien mögen beweisen, ob sie des Vertrauens der nationalgesinnten Arbeiter würdig sind. Getreu den Grundsätzen der christlich-nationalen Arbeiterpartei lehnen wir die Verabredungen, welche geeignet erscheinen, neben den politischen Parteien eine besondere Klassenpartei der Arbeiter zu bilden, ab, weil dadurch die Arbeiterinteressen im Parlament am wenigsten gefördert werden. Ebenso, wie wir die berechtigten im wohlverstandenen nationalen Interesse des Vaterlandes liegenden Angelegenheiten der anderen Stände anerkennen, so sind wir nationalgesinnten Arbeiter unter der Voraussetzung des gleichen Aufgehörns auch bereit, Schuster an Schuster mit den Angehörigen anderer Stände in den verschiedenen Parteien an der sozialen Wohlfahrt des Volkes und dem Ausbau des Staates mitzuwirken.“

Wenn der „nationale Arbeiterauschuss“ dazu legitimiert wäre, namens der Arbeiterklasse zu sprechen, so würden wir sagen, er entwürdigte diese Klasse. Wie er es mit seinen Begriffen von der Ehre und der politischen Bedeutung der Arbeiterklasse vereinbaren kann, die bürgerlichen Parteien um ein paar Landtagsmandate förmlich anzubetteln, darüber brauchen wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen. Diese Bettel zeigt von einer wahrhaft abschreckenden politischen Rücksichtlosigkeit. Es ist dem Ausbruch offenbar ganz gleichgültig, ob eine der liberalen oder eine der reaktionären Parteien auf seine „Forderung“ eingeht. Das wird natürlich keine tun. Aber angenommen, jede der bürgerlichen Parteien würde die Güte haben, einem „nationalen“ Arbeiter zu einem Landtagsmandat zu verhelfen — welche Stellung sollte

denn diese „Fraktion der nationalen Arbeiter“ einnehmen? Sie könnte doch nicht allen bürgerlichen Parteien dienen.

Die Idee, daß einer Arbeitervertretung ist eine politische Minderheit ohne gleichen. Und mit dieser Minderheit wagt man die Forderung zu verknüpfen, daß die bürgerlichen Parteien die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse anerkennen sollen! Darauf, daß in Preußen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt wird, daß die Arbeiter in den Stand, selbständig, im ehrlichen Kampfe Mandate zu erringen, kommt es dem „nationalen Arbeiterauschuss“ offenbar gar nicht an. Die „nationalen“ Arbeiter würden bei diesem Wahlrecht sicherlich auch keine Geschäfte machen. Deshalb verlegt ihr Ausblick sich auf die Mandatschmonnererei bei den bürgerlichen Parteien.

Schwarze Listen. Die aus Anlaß der letzten Auslandsbewegung von der königlichen Verginsspektion zu Königsberg entlassenen Arbeiter sind mit ihrem Gehalt um Arbeit überall abgewiesen worden. Es entstand deshalb die Meinung, daß die Verginsspektion eine sogenannte „schwarze Liste“ herausgegeben habe. Um den entlassenen Arbeitern die Möglichkeit zu verschaffen, in Oerschießen wieder angenommen zu werden, richtete nun — wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Königsberg geschrieben wird — der Verband katholischer Arbeitervereine an den Verg- und Hüttenmännlichen Verein am 22. August folgende Resolution:

„Wie wir vernommen, hat der Verg- und Hüttenmännliche Verein aus Anlaß des Ausstehens auf den kassischen Steinkohlenbergwerken zu Königsberg sogenannte „schwarze Listen“ angelegt und den Hütten- und Grubenverwaltungen zugestellt und vor Anlegung der darin bezeichneten Arbeiter genannt. Abgesehen davon, daß dergleichen Maßnahmen strafbar sind, empfehlen wir die Aufhebung der Sperre, und die Familienangehörigen der darin bezeichneten Vergarbeiter nicht in das größte Elend zu stürzen. Hat doch der Herr Vergat Hilfer schon des öfteren über Arbeitermangel in Oerschießen geklagt, welcher durch ausländische Arbeiter beseitigt werden soll. Sollen nun jetzt circa 500 Arbeiter auf den oberirdischen Verg- und Hüttenwerken mit Hilfe der schwarzen Listen keine Beschäftigung erhalten, so ist diese Maßnahme geeignet, den Arbeitermangel noch zu steigern, indem die Vergleute von den Sozialdemokraten nach den Westen überwiegen werden könnten, was nicht nur zum Schaden der Familienangehörigen der Vergleute selbst, sondern auch der hiesigen Industrie zum größten Schaden gereichen dürfte.“

Der Oerschießische Verg- und Hüttenmännliche Verein hat darauf ein Antwortschreiben ergehen lassen, in dem es heißt, daß die oberirdischen Verwaltungen stets den Standpunkt vertreten haben, in Angelegenheiten der Arbeiter entweder nur mit den Arbeitern selbst oder mit den zur Vertretung der Interessen der Arbeiter nach § 80f des allgemeinen Verggesetzes geschaffenen Arbeiterausschüssen zu verhandeln. Aus diesem Grunde sei auch der Oerschießische Verg- und Hüttenmännliche Verein nicht in der Lage, näher auf die Ausführungen einzugehen. Durch diese Antwort wird die Existenz der schwarzen Liste indirekt bestätigt.

Lehrwerkstätten in Kamerun sind vor etwa fünf Jahren gegründet worden, um die Eingeborenen zu handwerklicher Arbeit zu erziehen.

Wie das „Deutsche Kolonialblatt“ einem Bericht des Gouverneurs von Kamerun entnimmt, hat sich innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren die Gesamtzahl der Eingeborenenlehrlinge von 92 auf 138 erhöht. Nach den Arten ihrer Handwerks scheiden sich die 138 Lehrlinge in 24 Maurer, 43 Zimmerleute, 41 Tischler und 30 Schlosser und Schmiede. Eine unmittelbare Wirkung der für die Schutzgebietsverwaltung erforderlichen Mobilisierung eingetreten ist, weil die Verwaltung ihre Bedürfnisse zum großen Teil aus den Erzeugnissen der Eingeborenen-Facharbeiter deckt.

Diese Art von Kolonialpolitik findet unseren Beifall. Sie ist kulturellen Charakters.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg: Ochsenwälder (Sperren über Blecken, Neben in Spatenland und Mint in Moorfleth), Lübeck (Differenzen);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg, Rickling (Streiks), Bordesholm, Voerde (Differenzen), Reinold (Sperre über E. Haeger), Appenrade (Sperre über Callesau), Kiel (Differenzen);

Mecklenburg:

Silze (Sperre über Holdorf), Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperre über Thielke), Gielow (Sperre über Korf);

Brandenburg:

Berlin und Vororte (Differenzen), Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreis Krankenhaus);

Pommern:

Gammeln, Gartz a. d. O. (Streiks), Pölitz (Sperre über Panpe), Greifswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperre über Friedrich Berg);

Ost- und Westpreußen:

Zoppot (Streik), Marienwerder (Differenzen), Königsberg (Sperre über Hermann), Sensburg (Sperre über Rehse), Memel (Sperre über Richtmeier und Schmidt);

Posen — Schlesien:

Schwarzenau (Sperrung über Hsag, Iwan, Anders und Manjowski), Muskau (Sperrung über Stütz-nagel und Law), Müllsch (Sperrung über Klein), Rawitsch (partieller Streik), Mensalzbrunn (Sperrung über Tasler), Ohlau (Sperrung über Rother, Jander und Salzborn), Antonienhütte (Sperrung über Jaunich);

König. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, M. Steyskal in Möckern, Sohr-strasse, Alfred Kirschner in L.-Gohlis, St. Privat-strasse, Otto Augé, Ecke der Elisen- und Fichte-strasse, Paul Walther, Ecke Kant- und Brand-vorwerkstrasse, Hermann Kögel in L.-Gohlis, Landsbergerstr. 14, Fr. Probst & Co., L.-Gautsch, Spinnereistrasse, Schneeberg (Sperrung über G. Heckel in Schneeberg, Lain in Aue, Bau liegt in Niederschlesien, und über den Fabriken-neubau in Oberschlesien, Unternehmer Sünder), Mälsen (mehrere Sperrungen);

Thüringen:

Jena (Differenzen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Erfurt (Aussperrung), Quedlinburg (Sperrung über die Kasernenbauten des Unternehmers v. d. Föhr);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lipp:

Springe, Wildshausen, Delmenhorst, Wunstorf (Streiks), Celle (Aussperrung), Salzgitter (Sperrung über Hönnerbach), Fallingb. (Sperrung über Bostelmann), Harburg (Bauarbeitersperre über Hagemann);

Westfalen:

Hagen (mehrere Sperrungen);

Rheinland:

Crefeld, Dellbrück (Streiks), Ruhrort-Laar (Sperrung über die Kolonienbauten von Gebr. Meier), Schwelm (Sperrung über Müller), Coblenz-Vallendar (partielle Streiks);

Hessen und Waldeck:

Wildungen, Gernsheim (Streiks), Rüdeshelm-Geisenheim (verschiedene Sperrungen), Rüsselsheim (Sperrung über Heintz), Weissenau (Differenzen);

Elsass-Lothringen:

Hagenau (Streik);

Baden-Pfalz:

Offenburg (Streik der Zementierer), Unterharmersbach (Sperrung über den Schulneubau);

Bayern:

Flattling (Streik), Selb (Sperrung über Jäger & Werner), Freising (Sperrung über Gerbig);

Friesenleger:

Barmen-Elberfeld (Sperrung über die Zwischenunternehmer Jeschpowsky und Rummenhölle);

Schweiz:

Basel, Bern, Bülach, Lachen-Siebenen (Streiks);

Oesterreich:

Leitomschl, Tachau, Mährisch-Weiskirchen (Streiks).

Die „Christlichen“ in Baden.

Schon in Nr. 34 des „Grundstein“ hatten wir kurz angedeutet, daß unsere Kollegen — vom „Christlichen“ Verband beim Abbruch der dortigen Lohnbewegung wieder einmal ein Stückchen geliefert hätten, das seinesgleichen vergebens suchen wird. Es widerstrebt unserem Gesinnung, so oft von Arbeiterverrat zu reden, wie es eigentlich geschehen müßte, aber in diesem Falle ist kein anderes Wort angebracht. Was in Baden geschehen ist, ist eine der schäblichsten, treulosesten Verbrechen, die bisher in den letzten fünf Jahren — seit dem Entstehen einer „christlichen“ Arbeiterbewegung — vorgekommen sind.

Zunächst einige Worte über die von den Christlichen in Baden eingeschlagene Taktik; wir setzen dabei die Vorgehensweise und Einleitung des dortigen Kampfes als bekannt voraus. Es war eine in der Arbeiterbewegung ohne Beispiel dastehende Erscheinung, daß die Organisation, die von den Unternehmern Anerkennung eines Lohnprinzips forderte, mitten im Kampfe und mit denselben Unternehmern Verträge für eine besondere Arbeitergruppe schließt, in denen dies Lohnprinzip einfach beiseite gelassen wird. Das aber ist in Baden geschehen, und das ist, was der Zentralverband „Christlicher“ Bau- und Arbeiter- und Bauhilfsarbeiter. Während die christlichen Maurer und die Anerkennung eines Einheitslohnes kämpften, schloß ihre Verbandsleitung mit den Unternehmern einen Vertrag bezüglich der Stillfature, wonach der Lohn 35—50 % — man beachte die Differenz! — betragen soll. Und dann forderte man zum Teil von denselben Unternehmern für die Maurer den Einheitslohn! Mögen sich die Christlichen mit ihrer geringeren gewerkschaftlichen Erfahrung entschuldigen — aber zu solcher Inkonsequenz braucht man doch nicht erst eine Organisation. Planlos, blödsinnig hätte auch eine unmorgensichtige Waffe nicht gehandelt. Dazu kommt, daß man sich von den Unternehmern täuschen ließ, und zwar in größtmöglicher Weise. Auf diese Weise machten christliche Streikende ihre eigene Streikarbeit fertig, und sogar bei Unternehmern, die ihre früheren Gesellen auf die schwarzen Listen hatten setzen lassen.

So sah die christliche Taktik aus, die Taktik der Beite, die sich in ihrer Annahme des Bitteren über unsere Kämpfe ein Urteil erlaubten!

Nun der Verrat der Christen! Hier bis fünf Wochen vor dem Vertragsabschluss resp. vor der Unterwerfung piffen die Streikenden schon auf dem letzten Loch. Die Streikbrecher hatten sich angelammelt und es war wenig Aussicht vorhanden, noch zu einem günstigen Ende zu kommen. In dieser Zeit bequäme sich die christliche Organisation dazu, mit den freien Verbänden eine Vereinbarung zu treffen, wonach der Kampf in Zukunft gemeinschaftlich geführt, und alle Fragen der Taktik gemeinsam beraten werden sollten. Darauf setzten die freien Verbände ihre ganze Kraft daran, die Bauten von den Streikbrechern zu säubern, was ihnen denn auch unter mangelhafter Dpferen gelang. Für diese wertvolle Unterstützung des Kampfes würden sie dann folgendermaßen belohnt: Am 13. August erklärte der Christenstreikführer, unserem Verbandsfunktionär, daß von Verhandlungen noch nichts bekannt sei. Am 15. August verabredete unser Kollege Kessel mit den Christen Häcker für den folgenden Tag eine gemeinsame Sitzung. Als Kessel am 16. August zu der festgesetzten Zeit zur Sitzung erschien, fand er das Nest leer. Da erst erfuhr er, daß die Christen zur Verhandlung nach dem Rathaus seien. Als dann bald darauf die christlichen nationalen Ehrenmänner — Wiedeborg an der Spitze — zurückkamen, hatten sie den abgeschlossenen Vertrag schon fertig in der Tasche. Auf die Vorfassungen Kessels berief man auf die mehr als faule Ausrede, man habe erst am Morgen desselben Tages die telefonische Einladung zur Sitzung erhalten. Dies wurde dann sofort als eine freche Lüge festgestellt, indem der Leiter der Verhandlungen, Dr. Mendelsohn, unseren Kollegen bestätigte, daß die Christlichen die Einladung zur Sitzung schon am Tage zuvor schriftlich in den Händen gehabt hätten! Es hätte natürlich der Befähigung gar nicht erst bedurft; denn die Tatsache, daß Wiedeborg aus Berlin und Lange aus Köln zur Verhandlung gekommen waren, war Beweis genug dafür, daß noch Zeit genug gewesen wäre, uns zu benachrichtigen, wenn man uns nicht mit allen verlogenen Kniffen von der Verhandlung hätte fernhalten wollen. Es wurde uns nun freigestellt, das Ding mit zu unterschreiben, wir haben das jedoch abgelehnt.

Wenn wir nun nach der Ursache dieses Verrates forschen, so bleibt nur die Annahme offen, daß man mit Recht befürchtete, wir würden unsere Zustimmung zu einem solchen schmachvollen Verrat der ganzen Bewegung nicht geben, wie sie der Vertrag darstellt, sondern lieber ohne Vertrag und bedingungslos die Arbeit aufnehmen. Der Vertrag bietet den Maurern einen Stundenlohn, der je nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen 43 bis 47 % beträgt. Das Prinzip des Minimallohnes hat man aufgegeben und hat sich mit diesen Klassenlöhnen begnügt. Jedoch gelten diese Löhne nur für völlig leistungsfähige Gesellen; wer durch irgend einen Umstand weniger zu leisten vermag, muß den Lohn mit dem Unternehmer „frei“ vereinbaren. Außerdem führt der Vertrag die Arbeitsarbeit in Baden ein, die bisher dort ganz unbekannt war, und dabei soll noch nicht einmal der Stundenlohn von 43 % garantiert werden. Eine andere sehr schöne Bestimmung ist die, daß die Bauten im Winter nur dann geleistet werden sollen, wenn die Temperatur unter Null Grad sinkt. Ob die Häcker, Wiedeborg usw. denn gar nicht mehr wissen, wie einem Bauarbeiter im Winter bei der Arbeit zu Mute ist? Der geforderte Lohn von 47 % wird am 31. März 1910 erreicht werden. Das ist der „schöne Erfolg“ der Christen in Baden! Der schmachvollste Verrat, der so leicht nicht abzutrotten werden wird! Aber es wird ihnen noch viel danach ergehen. Unsere Kollegen werden alle agitatorischen Kräfte anspannen, um ihnen den richtigen Lohn zu geben, der ihnen für solche Taten gebührt.

Sau Berlin.

Von Berlin muß unter allen Umständen der Zug zu ferngehalten werden. Die Arbeit ist augenblicklich knapp und infolgedessen ein erheblicher Teil der Kollegen arbeitslos. Es ist also ein unumgängliches Regimen, wenn fortgesetzt große Scharen von Kollegen ihre Schritte nach Berlin lenken, ganz gleich, ob sie früher schon dort gearbeitet haben oder ob sie den Berliner Verhältnissen völlig fremd gegenüberstehen. Wir müssen wiederholt dringend bitten, die Kollegen im „Grundstein“ zu beachten. Berlin ist nach wie vor gesperrt und daher von allen Kollegen streng zu meiden.

Im Jagdgebiet Kallberge-Wildersdorf-Semidenborf-Schiffelde haben unsere Kollegen 22 Wochen gemeinsam mit den Kollegen vom Lokoberein im Streik gestanden. Die in den letzten Wochen geführten Verhandlungen haben ein beschwerliches Resultat nicht gebracht. Den Vorschlag der Arbeiter, die Arbeitszeit sofort auf 9½ Stunden zu vergrößern, den Lohn bis zum 1. April 1908 auf 57 %, dann bis 1909 auf 60 % und im dritten Jahr bis zum 1. April 1910 auf 62½ % festzusetzen, lehnten die Unternehmer mit 8 gegen 5 Stimmen ab. Dagegen erklärten sie sich bereit, einen Vertrag abzuschließen, wonach bis zum 31. März 1908 die alten Bedingungen gearbeitet werden soll. Am 1. April 1908 würde dann die Arbeitszeit auf 9½ Stunden vergrößert und der Lohn von 55 auf 60 % erhöht werden. Dieser Vertrag sollte bis zum 1. April 1910 Geltung haben. Eine gemeinsame Versammlung, wo alle am Streik beteiligten Organisationen und Ortsvereine vertreten waren, beschloß, das Angebot des Arbeitgeberverbandes nicht

anzunehmen, den Streik aber abzugeben. Von den in der Regel im Bezirk beschäftigten 70 Gesellen arbeiten jetzt 58 schon zu besseren Bedingungen, als die der Arbeitgeberverband vorgeschlagen hat. Unter diesen Umständen erschien die Abschließung eines Vertrages mit geringerem Lohn und längerer Arbeitszeit den Kollegen nicht für angebracht.

In Fürstentum haben unsere Kollegen eine Angriffsperre gut durchgeführt. Die Firma Birisch führt auf ihrem großen Fabrikterritain Neubauten unter Ausschaltung der Unternehmer des Ortes in eigener Regie aus, verlangte aber, daß sich alle am Bau Beschäftigten nach der „Fabrikordnung“ zu richten hätten. Zwischen dem Unternehmerverband und unserem Verein ist ein Vertrag geschlossen worden, der bei neuankömmliger Arbeitszeit 55 ½ Stundenlohn vorsieht. Nach der Fabrikordnung fiel die Besserpausa fort, die Mittagspause war geändert, die Arbeitszeit sollte neunmal Stunden dauern und der Stundenlohn 53 ½ betragen; es sollten aber 10 Stunden bezahlt werden. Ferner waren die Arbeiter verpflichtet, bei der ersten Zahlung sechs Tage Lohn stehen zu lassen und sich der Ortskrankenkasse anzuschließen, obwohl die Maurer alle der Freien Hilfskasse angehörten. Die Verhandlungen mit den Vertretern der Firma verliefen resultatlos. Als aber 95 Kollegen die Arbeit einstellten, erklärte sich die Direktion bereit, den mit dem Unternehmerverband geschlossenen Tarif für alle an ihren Bauten beschäftigten Arbeiter anzuerkennen. Die veräußerten vier Stunden sollen bezahlt werden. Für die Zimmerer und Bauarbeiter ist somit der vereinbarte Arbeitsvertrag ebenfalls durchgeführt, obwohl sie sich an der Arbeitszeiteinstellung nicht beteiligt hatten.

Sau Köln.

Zum Streik in Delfbrück wird uns berichtet, daß die von den Unternehmern in Godesberg und Melschen angeworbenen Streikbrecher Montag, den 26. August, ausgehoben sind. Rund drei Wochen hatten es diese faulen Gesellen verstanden, im Streikgebiet zu arbeiten und unter den schäblichsten Drohungen und Verwünschungen die Streikenden zu belästigen. Ihnent wurde ja auch, wie das in der Regel üblich ist, der weitgehende Schutz der Verbände zu teil. Nicht nur die im ganzen Gebiet stationierten Polizeibeamten sondern auch Morgens und Abends ein, sondern auch die Hundstuden wurden mit herangezogen um die „Mausche“ zu belästigen. Auch der Unternehmer ist es gestattet, die Streikenden öffentlich mit gelbemem Nebover zu bedrohen. Daß es nicht bereits zu Ergüssen gekommen ist, lediglich dem ruhigen Verhalten der Streikenden zu danken. Im übrigen steht der Kampf, der jetzt fünf Wochen dauert, günstig. Die ausdauernden Arbeitswilligen sind, wie schon erwähnt, alle ausgehoben, und die paar Mann, die von den Einheimischen gleich gefangen wurden, können den Kopf nicht fett machen. Weiter können wir mitteilen, daß ein Unternehmer die Forderung bewilligt und unterschrieben hat, bei dem am 30. August die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Wächst der Streikenden ist es, wie bisher auch in Zukunft ihre Schuldigkeit zu tun, dann wird der Kampf mit einem Siege getrübt werden.

Zum Crefeld wird berichtet: Immer mehrwärtiger wird das Vorgehen einzelner Polizeibeamten. Das den Arbeitern gelegentlich genährte Recht des Streikpolizisten wird ihnen vollkommen unmöglich gemacht. Ein Vorgehen der Polizei wie gegenwärtig hat man selbst in den erbittertesten Lohnkämpfen im Grefelder Industriegebiet nicht erlebt. Für heute seien einige polizeiliche Taten — wir nehmen an, daß die Verwaltung strengste Untersuchung anordnet — der Deffektivität unterbreitet. Beim Unternehmer Schullkamp sind mehrere „Arbeitswillige“ tätig, die von der Polizei nach Hause begleitet wurden; der Anblick der bewaffneten Macht verursachte einen Ausfall. Ein Mitglied der Streikleitung, Kollege Gröbers, wurde bei einer solchen Gelegenheit von einem Wachmeister „abgekommt“. Machen Sie, daß Sie wegkommen! Dem Ansehen des Beamten — Folge zu leisten war unmöglich, denn Hunderte Menschen waren hinter ihm und die „Christliche“ borte. Gröbers machte darauf aufmerksam, worauf der Wachmeister die — Nab-fahrtstorte verlangte, vielleicht in der Hoffnung, dem Manne ein Strafmandat von M. 3 bis 6 aufzuballen. Doch das Korpusdelikt war zur Stelle und war also nicht zu machen, die Umstehenden sahen sich bedeutungslos an. Sicherungen von Streikenden sind an der Tagesordnung, trotzdem bisher alle Silierten wieder freigesetzt werden mußten. Auf unserer Straße wurde am 28. August der Kollege Gröbers, stiller und zum Kommunisten Dingler geführt. Gröbers soll ein Mitläufer der Brügelier anlässlich der Fischerer Kirmes gewesen sein, bei welcher Gelegenheit einige Arbeitswillige etwas abgekommen haben. Das dreistündige Verhör war aber resultatlos. Ein Speisemacher wollte 100 Tische schenken, daß Gröbers der Täter sei. Der andere Arbeitswillige aber sagte das Gegenteil und die Freilassung mußte erfolgen. Der Ton des Herrn Kommunisten Dingler verriet aber noch einige Kritik: Halten Sie Ihre Schuane. Sie kann man doch nicht belästigen und ähnliche drastische Ausdrücke wechselten „harmonisch“ mit den Protesten des „Delinquenten“ ab. Wir halten eine solche Sprache nicht für angebracht.

Ein beim Unternehmer Schiffer-beschäftigter „Arbeitswilliger“ ist Soldat und hier 14 Tage auf Urlaub. Er dient in Kiel und behauptet, daß er bloß Urlaub unter der Bedingung erhalten habe, hier in der Stadt als Maurer zu arbeiten. So erklärte der Mann der Streikleitung unter Jagen. Wir glauben dieses nicht und werden der Sache noch auf den Grund gehen. Die Streikleitung wird auch die Namen der ihre Befugnisse überschreitenden Polizeibeamten feststellen, um sie zur Anzeige zu bringen. Ein ganzer Mattenföng von Prozessen und Strafmandaten schwebt gegen Streikende.

Sau Erfurt.

In Erfurt hat die Aussperrung den Streik abgelöst. Die Unternehmer wollen einen Tarif erzwingen, dessen Inhalt unsere Kollegen nach wie vor ablehnen. Nach der Aushebung des Streiks war schon ein beträchtlicher Teil der Streikenden in Arbeit gestellt worden, als es dem Arbeitgeberverband einfiel, daß er das nicht leiden dürfte. Er verlangte bis zum 21. August die Unterzeichnung des von ihm im Mai angebotenen Tarifes, widrigenfalls die inzwischen eingestellten Leute wieder entlassen würden. Als diese Forderung nicht half, griffen die Erfurter Unternehmer zu der bei gebildeten Leuten schon längst unmodern gewordenen Repressalie, daß sie von den Maurern verlangten, jeder solle einzeln den Tarif und eine „Arbeitsordnung“, die noch gar

Albert Kungelmann (448 351); Königberg i. Pr.: Karl Thiel (80 951), Franz Langhans (158 960); Leipzig: Philipp Schilling (264 433); Leipzig: Adolf Lorenz (37 726), Karl Lorenz (383 612); Berlin: (Gips- und Zementbranche): Friedrich Eschdow (375 717), Wilhelm Kugel (446 035), Rudolf Schmidt (452 691), Gustav Schumann (258 088), Wilhelm Drews (357 712), August Nischlag (374 921), Viktor Woljodski (197 754), Wilhelm Jordan (344 668), Otto Michaelis (1873), Aug. Ballasch (343 482), Robert Pulchinski (446 036), Gust. Hermann (257 314), Gust. Lange (258 902), Karl Tietze (316 386), Paul Dedert (1441), Erich Biber (445 249), Düsseldorf: Wilhelm Bornemann (309 251), Josef Könen (30 974), Karl Emel (309 310), Peter Peters (309 854), Josef Könen (309 227), Sieben: Louis Böller (181 103), Weisenfels: Hermann Tieg (227 897), Emil Wiedig (106 630), Aug. Niehle (106 464), Paul Saase (236 298), Otto Vogel (236 280), Frz. Lorenz (447 954), Emil Dedert (104 104), Lind. Elias (378 019), Carl Engelmann (226 204), Gern. Medlinghausen: David Gumpert (441 779); auf Antrag des Vertrauensmannes von Chemnitz durch den Verbandsvorstand: Benzel Fleischer (391 473), Arthur Birtel (391 722), Otto Schacht (391 846), Franz Woidich (391 766), Karl Suier (391 737), Josef Rastler (391 675), Josef Schweiniger (391 180), Josef Gebert (391 220), Karl August (391 746), Franz Wünger (391 843), Johann Wagner (391 057), Bernhard Morgenstern (391 524), Einar Schneider (391 103), Friedr. Sadel (391 125), Anton Döngert (391 804), Franz Winder (391 808), Anton Sätzler (391 412), Franz Broich (471 435), Anton Friedel (471 003), Franz Warent (471 173), Ignaz Keger (471 126), Richard Heintz (471 522), Alois Weigert (471 357), Hermann Zommer (471 498), Christob. Wohlfahrt (471 273), Josef Schwarz (471 420), Josef Wastka (471 424), Benzel Sadel (471 423), Anton Winderich (471 446), Benzel Sadel (471 447), Paul Sätzler (471 028), Max Schreier (471 145), Otto Kranke (471 453), Otto War (471 382), Einar Schneider (469 509), Johann Wientzsch (249 494), Jacob Wied (120 204), Michael Friedel (165 887), Robert Sack (165 497), Karl Wied (110 301), Moritz Wostoff (241 265), Albert Spies (391 845), Joh. Gumpert (391 765), Benzel Peterich (391 151), Karl Hoffmann (391 792), Hermann Nebel (391 781), Josef Wünger (391 922), Max Friedel (391 738).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Zur besonderen Beachtung für die Zweigvereinsvorstände. Da Ausschüsse innerhalb eines Monats, nachdem ihnen der Beschluß bekannt gegeben ist, Beschwerde über ihren Ausschuß beim Verbandsvorstand und, nach Zurückweisung der Beschwerde, innerhalb eines Monats beim Bundesrat einbringen können, so sind wir nicht in der Lage, die uns bekannt gegebenen Ausschüsse vor Ablauf der Beschwerdefrist veröffentlichen zu können. (Siehe § 37 a des Statuts.) Eine Ausnahme von dieser Regel wird nur bei den wegen Streikrückfalls ausgeschlossenen gemacht. Die Verordnungen werden aus diesem Grunde ersucht, uns immer genau anzugeben, aus welchen Gründen der Ausschuß erfolgte.

Aufgefordert, seinen Verpfändungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Emdenburg: Oscar Wolff (Verb.-Nr. 850 584), geboren am 7. August 1887 zu Memelhofe.

Um Angabe seiner Adresse ersucht der Zweigverein Lahr das Mitglied Viktor Dohmer (Verb.-Nr. 303 752). Es handelt sich um Rückerstattung von zwei ausbezahlter Reiseunterstützung.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Gekanntmachungen der Gewerkschaften.

Gau Mannheim.

Für den Bezirk Lothringen (Sitz Metz) wird ein Lokalbeamter gesucht. Es wird eine gute Kraft benötigt. Berücksichtigt werden nur Maurer, die in allen Organisations- und Agitationsfragen erfahren sind und genaue Kenntnis der Verwaltungsgeschäfte besitzen.

Wermer, die neben der deutschen der italienischen Sprache mächtig sind, erhalten den Vorzug. Etwaige Bewerbungen sind bis zum 1. Oktober 1907 an den Kollegen Michael Metz in Metz, Karlstraße 4, zu richten.

Den Bewerbungen muß ein Bericht über die bisherige Tätigkeit sowie ein Aufschuß über die Aufgaben eines Lokalbeamten beigefügt sein. Der Gewerkschaftsvorstand. M. Portier.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Nachrichten. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstage Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Forderungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Zur Beachtung!

Alle Zuschriften an die Redaktion, Administration und Expedition des „L'Operaio Italiano“ sind von nun an zu adressieren:

An die Redaktion des „L'Operaio Italiano“, Hamburg, Reichenbergstr. 56.

Nach. (Christliche Lebenswürdigkeiten.) In der Versammlung, in der sich die freigeschaffenen Bauarbeiter mit dem von den Christlichen abgeschlossenen Tarif beschäftigten, kamen auch erbauliche Gespräche über das Benehmen mancher Mit-

glieder des christlichen Verbandes zur Sprache. So wurde dort von einem Polier erzählt, der wohl eine besondere Art gegen unsere Organisation haben muß. Der Mann ist christlich organisiert und befaßt den Steinträger, dem einzigen freigeschaffenen Maurer am Bau jenseit Steine aus Verzicht zu schleppen, bis die Geißel brächen. Außerdem wurde Menschenfot in den Mörkel verrichtet und dem Maurer zugetragen; alles aus christlicher Nächstenliebe! Die Versammlung ließ aber die Christenhelden nicht darüber im Zweifel, daß sie in Zukunft von dem Rechte der Selbsthilfe Gebrauch machen wird. Glücklicherweise ist der größte Teil der hiesigen Bauarbeiter und Maurer noch nicht so fanatisiert, daß sie sich zu verbrecherischen Sandlungen hinreißen lassen. Aber die nächsten Wochen werden die Saat aufgehen sehen, die die Schwärzen durch ihren Berrat gesät, die wir aber ernten werden.

Altenburg. Hier geht die Bautätigkeit rapide zurück, denn Wänten dürften in diesem Jahre kaum noch in Angriff genommen werden. Daher ist es durchaus wünschenswert, daß Altenburg vor Jung verstimmt bleibt.

Apennin. (Situationsbericht.) Der Apenniner Zweigverein fand, trotzdem er nun im ersten Jahre existiert, fagen, er hat stets mit den Unternehmern, von einigen kleinen Ausnahmen abgesehen, Frieden gehabt. Es war zwar dem Unternehmern Galleien, sehr unangenehm, daß ein „roter“ Maurerverband hier sein Domizil hat, er fand sich aber damit ab, weil er wußte, daß der Friede für ihn besser sei als der Krieg. Anders scheint ihm Nachfolger zu denken. Als der alte Galleien vor zwei Jahren starb, übernahm sein Sohn, ein noch recht junger Mann, das Geschäft. Trotzdem nun dieser Herr selbst in der Fremde gewesen ist und auch in unserem Verband organisiert war, hat er sich in den Kopf gesetzt, in unserem Verein den Garaus zu machen. Im Frühjahr fing der Streik an. Als er damals Maurer anstellte, verlangte er von ihnen, daß sie sein Wort auf seiner Baustelle dem Verband sprechen dürften. Dies läßt sich doch wahrlich nicht vermeiden, namentlich dann nicht, wenn einige Arbeiter darunter sind, welche nicht organisiert sind. So war er auch bei Galleien. Einige Bauarbeiter, weigerten sich nun, mit den Unorganisierten zusammen zu arbeiten, worauf der Unternehmer die Organisierten entließ und einen Sandlager als Vorarbeiter anstellte, der die Maurer und Arbeiter beiseite stellte. Als dann dieser Spitzel die Verbandsmittelglieder bei seinem Herrn schickte gemacht und verleumdet hatte, verlangten vier von den Maurern, daß dieser Spitzel entlassen werde, widrigenfalls sie alle vier die Baustelle verlassen würden. Die Unternehmer entließ jedoch die vier Kollegen und behielt den Spitzel. Bei der Entlassung der Kollegen sagte der Unternehmer, er wolle vom Verband überhaupt nichts wissen, er erkenne den Verband nicht an. Als später die Lohnkommission bei ihm vorstellig wurde, weigerte er sich ebenfalls, den Vertrag zu unterschreiben, versprach dann aber, daß die organisierten Kollegen ebenso bei ihm arbeiten könnten wie die unorganisierten. Von einem weiteren Vorgehen gegen Galleien nahmen wir vorläufig Abstand. Am 1. Juli erklärte der Unternehmer dem Verbande von neuem den Krieg, indem er von seinen Mauern und Arbeitern die schriftliche Erklärung verlangte, sie sollten aus dem Verbande austreten. Es unterzeichnete denn auch alle dort in Arbeit stehende Kollegen. Als aber ein paar Tage vergangen waren, besaßen sich doch drei davon, und hörten auf, die übrigen drei arbeiteten weiter. In der darauf folgenden Mitglieder-versammlung wurde mit 33 gegen 1 Stimme beschlossen, über das Vorgehen von J. W. Galleien die Sperre zu verhängen. Nachdem dann noch ein weiterer Kollege aufgetreten hatte, behielt Galleien nun noch einen Polier und zwei Geisellen, die schon ungefähr 60 Jahre alt sind und auf einem Neubau so gut wie nicht mehr in Frage kommen. Somit stand die Sperre für uns außerordentlich günstig. Nun haben leider wieder zwei Kollegen angefangen, der eine hat erst im letzten Jahr ausgetreten, ist im Winter in Baderdorf gewesen und heißt Friedr. Glindt. Dieser junge Mann, der sonst Not hatte, übernahm Arbeit zu finden, spielt also jetzt den „Mausreiber“. Es hat dann noch ein weiterer Kollege angefangen, den Galleien halbwegs gesungen hat, bei ihm anzufangen, weil dieser Kollege M. 600 als Hypothek auf seinem Hause von der Mutter des Unternehmers hat. Selbstverständlich müssen diese Kollegen ausgeschlossen werden. Das wird dem Zweigverein aber wenig Abbruch tun, denn es sind Kollegen, die sich um den Verband sehr wenig gekümmert haben, und Leute, die bei dem ersten Hebel, der gegen einen freigeschaffenen Unternehmer geführt werden soll, unfaulen, gehören überhaupt nicht in die Organisation. Leider ist auch ein Kollege darunter, der schon zehn Jahre dem Verbande angehört hat. Das Alter schüßte ihn nicht vor Torheit. Der Unternehmer hat nun seine Getreuen dadurch an sich zu fassen, daß er ihnen allerlei Märchen aufbaute. So hat er ihnen erzählt, daß er sich zum Frühjahr „christlich-organisierte“ Maurer von Hadersleben kommen lassen wolle, ebenfalls die übrigen Unternehmer; dann sollen die hiesigen im „roten“ Maurerverband Organisierten ausgeliefert werden. Dieses wird doch wohl nur ein Wunsch dieses „christlichen“ Unternehmers bleiben, denn in Hadersleben sind unsere Mitmenschen überhaupt keine „Christen“ dieser Art. Dieser freigeschaffene Unternehmer scheint aber schon eingesehen zu haben, daß sein Kampf gegen den Verband noch weniger Erfolg hat, als ein Kampf gegen Windmühlenflügel; er hat schon die heilige Germande zu Hilfe gerufen. Ein Kollege vom Vorstand machte einen Kollegen darauf aufmerksam, daß wenn er im Verband bleiben wolle, er wieder bei Galleien auszuheben hätte. Dies wurde dem einem anderen „Arbeitswilligen“, der die beiden nur zusammen gesehen hatte, dem Unternehmer hinterbracht und letzterer hatte nichts eiligeres zu tun, als nach der Folgel zu laufen, um eine Anleihe wegen Mäßigung und Geschäftsfähigkeit anzubringen. Es hat auch der angeblich Gedächtnis ein amtliches Verhör zu bestehen gehabt, aber es ist nicht dabei herausgekommen, als daß der J. W. Galleien eine lange Nase bekommen hat. Der Apenniner Kollegen werden diesem Unternehmer wohl noch zeigen, daß er nicht machen kann, was er will, sondern daß er ebenso gut den Verband anerkennen muß wie die übrigen Unternehmer. Daß die Apenniner Kollegen in der Gesamtheit begriffen haben, daß nur eine gute Organisation der Friedensvermittler und Friedens-erhalter ist, zeigt, daß sie alle ohne Wurzeln den Getriebenen entziehen. Die vier Witzkolumnen werden den sämtlichen Kollegen mit der gebührenden Hochachtung behandelt.

Bölg. Die Maurer von Groß- und Klein-Bölg hielten am 25. August eine öffentliche Maurerversammlung mit der Tagesordnung ab: „Der Einfluß der niedrigeren Organisationen auf die Lebenshaltung der Arbeiter.“ Der Vortrag wurde vom Kollegen Nisch. Koch gehalten und mit großem Beifall aufgenommen. An der Diskussion, die sachlich und anregend geführt wurde, beteiligten sich die Kollegen Bernhardt, Fischer, Köster, Hausmann, Wilm, Reichenberg und der Referent Koch. Es wurde allgemein beantragt, daß es ein großer Teil der Bölgiger Maurer nicht für nötig gefunden hatte, die Versammlung zu besuchen; ferner wurde auf die vom Hauptvorstand herausgegebene Literatur aufmerksam gemacht.

Egeln. Unser Zweigverein hielt am 25. August eine außerordentliche Mitglieder-versammlung ab. Die hauptsächlichsten Punkte der Tagesordnung waren Kranken- und Invalidenversicherung. Leider ist das Interesse der Kollegen soweit gestunken, daß sie es nicht mehr für nötig halten, eine Versammlung zu besuchen. Die anwesenden Kollegen sprachen ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß, obwohl die Tagesordnung genügend bekannt gegeben war, es doch verschiedene Kollegen vorzögen, irgend welchen Dappeln nachzugehen, als einer Versammlung beizumischen, die für sie von größter Bedeutung ist. Es wurde festgestellt, daß bei 40 § Etundenlohn, nur 24 § Marken in der Invalidenfarte zur Verwendung kommen, obgleich doch eine gesetzliche Pflicht vorliegt, höhere Marken zu fleben. Da wir nun einmal nicht umhin können, an die Invalidenfarte unsere Beiträge zu zahlen, so wollen wir wenigstens bei einem Unfall so abgedacht werden, wie es unserem Verbleib entspricht; dies ist aber nur möglich, wenn wir die unserem Verbleib entsprechenden Marken fleben haben. Da nun die Unternehmern ihrer Pflicht nicht gerecht nachkommen, so ist es Sache eines jeden Kollegen, für sein Recht einzutreten. Auch in der hiesigen Krankenkasse: konnte vieles geändert werden, denn auch hierwoft haben wir die Angelegenheiten der Arbeiter zur Sprache. Es wurde einstimmig beschlossen, dagegen Stellung zu nehmen. Nachdem die Anwesenden aufgefordert waren, die sämtlichen Kollegen an ihre Pflicht zur Versammlungsbeziehung zu erinnern, wurde die Versammlung geschlossen.

Falkenstein. Am 24. August tagte hier eine Versammlung, in der 34 Mitglieder erschienen waren. Die Abrechnung vom zweiten Quartal wurde genehmigt und dem Kassierer Entloftung erteilt. Kollege Wisse aus Hannover referierte über die Vertierung der Arbeitszeit und die Notwendigkeit des Extrabetrages. Hierauf wurde beschlossen, im November ein Wintervergütungen abzugeben.

Karlruhe. Am 18. August fand hier eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt, die sich u. a. auch mit Fragen beschäftigte, welche die für die in Betracht kommenden Verbandsmitglieder rechtlich beschämend sind. Ueber den bei der Firma Baum & Schärer von Mannheim, die auch hier Bauten ausführt, beschäftigten Polier M. S. wurde von verschiedenen Kollegen darum Klage geführt, daß S., der auch neben seinem Polierposten die Kantine verwalte, zwei Gefragte aufgeschoben habe; ferner daß S. noch einen anderen Maurer als Aufpasser neben sich aufgestellt habe, der die dort beschäftigten Kollegen auf die merkwürdige Weise anzuketten versuche. Da diese Klagen berechtigt waren, sah sich die Zweigvereinsleitung veranlaßt, im Interesse der Organisation sofort einzuschreiten, weshalb eine Vorstandsbesitzung einberufen wurde. Auch die beschwerdebefragenden Kollegen waren zu dieser Sitzung eingeladen. Hier zeigte es sich nun, daß sich, obwohl die beteiligten Kollegen alle organisiert sind, zwei Lager bildeten. Ein Teil führte Beschwerde wegen der Gefragten und des Aufpassersystems des Kollegen Klein; der andere Teil glaubte den Polier, obwohl ihm nachgewiesen wurde, daß er zwei aufgeschoben hatte, in den sieben Himmel heben zu müssen. Da diese ein Recht zur Beschwerde nicht anerkennen wollten, bemächtigten sich der Versammlung eine gewisse Unregelmäßigkeit. Deshalb mußte man die Sitzung wohl ohne endgültiges Resultat, aber doch mit dem Eindruck, daß die Beschwerden mit Recht geführt wurden, beenden. Ob es nun dem gesteuerten Alkohol und dem polterstrenen Fanatismus zuzuschreiben ist, daß nach dieser Sitzung verschiedene Kollegen die Lust verlor, ihre Kraft an anderen zu erproben, mag dahingestellt bleiben. Ohne weiteres muß gesagt werden, daß das Verhalten des Kolport Klein und Emil Baumann einfach fassadisch war; als fassadisch niedrigste Sorte haben sich diese beiden an jenem Abend betragen. Es würde zu weit gehen, wollten wir die Einzelheiten ihrer Schand, nur eines muß hier festgelegt werden, daß nämlich Klein und Baumann den beschwerdebefragenden Kollegen Otto Karle von Hadersheim auf der Straße angelauert und ihn schändlich verprügelten. Gewiß, ich sehe wohl ein, daß es bedauerlich ist, wenn man solche Dinge im „Grundstein“ veröffentlichen muß; aber ich will damit bescheiden, daß unsere Kollegen daraus lernen, daß die Erziehungsarbeit auf diesem Gebiet bei einem Teil der Kollegen noch außerordentlich notwendig ist. Oben genannte Konferenz war der Meinung, daß, obwohl dies der erste beratende Fall in unserem Zweigverein ist, doch gleich scharf eingegriffen werden muß. Klein und Baumann wurden deshalb auch auf Grund des § 37 b Absatz 1 des Statuts aus dem Verbande ausgeschlossen. Dem Kollegen Gg. Lutz wurde ein Verweis erteilt, weil er an dem genannten Abend auch vergessen hatte, wie er sich im Interesse der gesamten Organisation als organisierter Kollege zu verhalten hat. Dem Kollegen M. Gollapfel wurde, weil er erklärte, nicht mit Absicht zwei Gefragte aufgeschoben zu haben, sondern daß dies infolge mangelhafter Buchführung seinerseits vorgekommen sei, eine Buße zu Gunsten erkrankter Kollegen auferlegt. Diese Buße wird selbstverständlich nicht ihres finanziellen Erfolges wegen erhoben, sondern es soll damit gesagt sein, daß die Organisation derlei Vorkommnisse nicht billigt, vielmehr mit aller Schärfe dagegen vorgehen wird. Da in letzter Zeit hin und wieder über das Verhalten einzelner Kollegen anderen gegenüber Klage geführt wurde, so möchten wir die Kollegen des Zweigvereins Karlsruher darauf aufmerksam machen, daß es nicht mehr lange dauert, bis unser Vertrag mit den Unternehmern abgelaufen ist. Es ist dann sehr notwendig, daß wir nicht nur eine Organisation mit großer Mitgliederzahl haben, sondern daß wir eine wie ein Mann dastehen müssen, um den kommenden Stürmen Trotz bieten zu können. Zum Schluss möchten wir den Kollegen, die bisher noch immer treue Anhänger des „Vergessenen“ an den Bauten waren, empfehlen, aus dem Fall Gollapfel die nötigen Lehren zu ziehen, damit wir in allerhöchster Zeit in der Lage sind, dies für die Maurer außerordentlich schädliche System zu beseitigen.

Kollegen des Zweigvereins Karlsruhe! In drei Wochen soll der letzte Extrabetrag bezahlt werden; wer also bis heute

nach keine sieben Wochen bezahlt hat, der hote das Versteck nach, damit wir in der Opferwilligkeit anderen Kollegen nicht nachsehen.

Konstanz. Montag, den 26. August, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand in erster Linie die Unternehmung gegen Josef Greis. Der Vorsitzende forderte die anwesenden Kollegen, die diesen Sommer hindurch mit dem Josef Greis am Schulhausneubau zusammenarbeiteten, auf, den Sachverhalt klar und gewissenhaft vorzutragen. Mehrere Kollegen sprachen sich dahin aus, daß Greis die Beschlässe und Beratungen der Versammlungen dem bei den Konstanzer Kollegen unbekannten Volker Josef Steiner, den argsten Gegner der Arbeiterbewegung, von dem ja schon des öfteren im „Grundstein“ die Rede war, übertrugen habe. Des weiteren hätte Greis lange Zeit hindurch Abends liederstunden gemacht, wo er als Mitglied genau wußte, daß dieses gegen das Interesse der organisierten Arbeiterchaft verstoße. Wenn die Kollegen ihm am Bau darüber zur Neben festsetzten, antwortete er, man könne doch das Versteckmaterial nicht liegen lassen, er könne absolut nicht begreifen, wie sie, die Kollegen, um 10 Uhr aufstehen könnten, wenn sie fäßen, daß noch so und soviel von diesem Material nicht verarbeitet sei. Auch während der Mittagspause habe er zeitweilig mit Steiner an der Mästelmaschine gearbeitet. Dadurch habe er sich bei Steiner angeschlossen und bei Kollegen, die noch nicht im Verband sind, aber den Steiner genaugen kennen, den Verband in Mißacht gebracht. Josef Greis war zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen worden mit dem Hinweis, daß gegen ihn verhandelt werden solle. Greis war aber nicht erschienen. Da nun die Sache von verschiedenen Rednern aufgeführt war, verlas der Vorsitzende einen inoffiziellen eingeleiteten Antrag auf Ausschluss. Die geheime Abstimmung ergab, daß Josef Greis mit allen Stimmen bei einer Einstimmigkeit ausgeschlossen wurde. Des weiteren wurde bekannt gegeben, daß im Laufe der letzten 14 Tage mehrere unserer tüchtigsten Verbandsmitglieder, nämlich die Bräunlein und die Stüttgarter Wöfel, wie sie Steiner seit ihrer Abreise betitelt, abgereist sind, und daß es nun für die hiesigen Kollegen doppelt heißen müsse: Alle Mann an Bord! Kein einziges Mitglied dürfe zurückbleiben, damit es nicht im geringsten den Anschein bei unseren Gegnern, und deren Zahl ist nicht zu unterschätzen, erwecken könnte, als hätten wir jetzt geschwächt. Da die noch hier beschäftigten Kollegen sollen sich bewußt sein, daß hier in Bezug auf Organisation noch ein sehr großer Gebiet zu bearbeiten sei und auch bearbeitet werden müsse, trotz der Verleumdungen von verschiedenen Seiten und trotz des Demagogismus einzelner Mitglieder durch Volker Steiner. Kollegen, das eine ist sicher, wenn Steiner sowie auch sein Arbeitgeber, der Herr Dörper, über die Organisation wie über die organisierte Arbeiterchaft schimpfen, desto sicherer sind wir, daß wir den richtigen Weg erlaßt haben. Wenn auch Dörper und Steiner in der letzten Woche gesagt haben, die Verbandsmitglieder müßten alle raus, bis jetzt hätten sie die Unternehmer schikaniert, jetzt würde aber der Stiel umgedreht, so möchten wir doch diesen Herren den guten Rat geben, etwas vorzichtiger zu sein und den Mund nicht gar zu weit aufzureißen, es könnte vielleicht noch ganz gut möglich sein, daß Dörper und sein Kollege froh sind, wenn sie diese „verfluchten Verbände“ zur Arbeit bekommen. Denn das Schulhaus in Konstanz ist noch lange nicht fertig, da kann es noch recht weit gehen, nur die Seiten nicht zu kraß spannen, sonst könnten sie brechen. Nachdem auch diese Ungelegenheit erledigt war, wurde zur Wahl zweier Hilfskassierer geschritten, weil auch diese abgereist sind. Nach etwas hartem Drängen ließen sich zwei Kollegen herbei, das Amt anzunehmen. Hieran richtete der Vorsitzende noch einen warmen Appell an die Anwesenden, daß es Pflicht und Ehrensache der Mitglieder sei, fleißig in die Versammlung zu kommen und liberal für den Verband zu wirken. Die nächste Versammlung, wenn nicht Unvorhergesehenes eintritt, ist auf 9. September, Abends 8 Uhr, im Verbandslokal, „Selvetia“ (Wobansplatz). Kollege Stehle aus Singen wird anwesend sein.

Leipzig. Am 20. August tagte hier eine öffentliche Mauererbauung. Genosse Karl Myßel referierte über Bildungsbestrebungen der Arbeiterchaft. Redner schätzte, wie sich schon im Altertum die unteren Volksstufen gegen die Herrschenden auflehnen mußten und ihre Gleichberechtigung forderten. Wie heute, glaubten die herrschenden und besessenen Klassen damals schon, Bildung und Menschenrechte seien ihr Monopol. Noch das preussische Volksgesetz unserer Zeit bezeugt, daß in den Volksklassen außer der Religion nur die notwendigen Kenntnisse beizubringen sind. Zur Oberaufsicht über die Schule ist die Kirche bestimmt. Da die Kirche den ausgesprochenen Zweck hat, jeden Fortschritt in der Volksbildung zu verhindern, so find auch die Fortschritte der Schule danach. Die ersten gegründeten sogenannten Hörschulen hatten nur den Zweck, den Interessen der Kirche zu dienen, während die ersten weltlichen Schulen, z. B. in den Hansestädten, nur für Kaufleute bestimmt waren. Aus den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen heraus entstand in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ein liberales Bürgertum, das, nachdem es von der Wissenschaft gefostet hatte, weltliche Schulen und Freiheit in der Religion verlangte. Als die Arbeiter später erkannten, wie man sie unter liberalen Phrasen betrogen hatte und sich vom Bürgertum trennten, war es die Arbeiterchaft allein, die mit dem neuen Maßstab die Verbesserung der Schulen, Befreiung ihrer kirchlichen Bevormundung und Erziehung der Kirche vom Staat forderte. Die Kriminalstatistik weist nach, daß dort, wo die Arbeiterchaft auftritt, ist weniger Mordtaten befallen vorkommen, als in Gegenden, wo das Volk streng kirchlich erzogen ist. Selbst hinter so manchem Diener der Kirche haben sich die Tote des Buchstaben geschlossen, so mancher hat es mit dem Komet gestreift und trotzdem will man dem Volke „die Religion erhalten“. Nur die moderne Arbeiterbewegung hat die Kraft, das Volk geistig und sittlich zu heben. Nur die Sozialdemokratie ist es, die die Bildungsbestrebungen der arbeitenden Klassen fördert und sie aus geistiger Mangelhaftigkeit befreien kann. Entgegengeleitet handelt die Kirche. Um sich und dem Kapital die Arbeiter gefällig zu machen, gründet sie Streikbrecherorganisationen, deren Aufgabe es ist, ihren, um ihre Menschenrechte kämpfenden Klassenangehörigen in den Rücken zu fallen. Redner appellierte an die Kollegen, sich der politischen Organisation der Sozialdemokratie anzuschließen. Dort ist die Stätte, wo sie ihren Wissensdrang befriedigen können, dort können sie sich, was ihnen die Volksschule vorenthalten hat, an Bildung aneignen, dort lernen sie sich als Mensch unter Menschen fühlen.

Arbeiter der Großstadt, die den Bestrebungen ihrer Klassenangehörigen, vom Tisch des Lebens mitgewissen, interesselos gegenüberstehen, entwürden sich damit selbst zu Knechten. Auch die lässlichen Kollegen, die in der Großstadt arbeiten, sind unabhängig und haben die Pflicht, für die Ausbreitung des Sozialismus in ihren Wohnorten zu sorgen. Das können sie durch Agitation für die Arbeiterpresse. Überall haben sie Gelegenheit, sich der Partei anzuschließen. Auch haben sie ihr Augenmerk auf die Gemeindevorstellung zu richten und dafür zu sorgen, daß die Arbeiterchaft, wie es ihr gebührt, im Gemeinderat vertreten ist, um ihren Einfluß zum Wohle der Gesamtheit geltend zu machen. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Debatte. Debatte wurde durch die kämpfenden Tabakarbeiter A. 500 bewilligt, nachdem erreicht die Versammlung ihr Ende.

Neuburg. Am 24. August tagte im „Grünen Baum“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung, zu der Kollege Stabler aus München eingeladen war. Um 8 Uhr eröffnete der Vorstand die gutbesuchte Versammlung und gab dem Referenten das Wort über: „Die Notwendigkeit des Extrabrottrages“. Kollege Stabler schilderte die großen Kohnkäufe und den allgemeinen Stand der Arbeiterbewegung sowie den der Unternehmernorganisation. Er legte es den Kollegen ans Herz, daß sie nicht glauben mößten, die Extrabrottrage würden für die Berliner Kollegen erhoben und daß sie mit der vorläufigen Vereinbarung des Kampfes gegenstandslos geworden seien. Wir müßten für die nächsten Jahre rüsten, weil viele Tarife zum Ablauf kommen, bei welcher Gelegenheit die Unternehmer den Mauerern zum Tange aufspielen wollen. Darum, aus Kollegen, laßt den Mut nicht sinken! Was ihr der Organisation gebt, tut ihr nur zu eurem Nutzen. Dann nahm Kollege Wadnagel das Wort und schiederte in kurzen Worten, daß es für Neuburgs Kollegen auch einmal Zeit sei, einen Tarif auszuhandeln und den Unternehmern vorzulegen. Sämtliche Kollegen erklärten sich bereit, den Beitrag zu zahlen. Hierauf schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung und dankte dem Referenten für seine herrliche Worte.

Osnaabrück. Am 25. August hatte sich unsere Zweigvereinsversammlung eines guten Besuchs zu erfreuen. Der Arbeitersekretär, Genosse Ehrlicher, hielt einen Vortrag über das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz. Hieran berichtete der Vorsitzende über die Wohnbewegungen im Gaueverbe, besonders über den Kampf in Berlin, und erwiderte die Kollegen, für die weitere Fernhaltung des Zugangs nach Berlin zu sorgen. Die Wahl eines ersten Kassierers wurde zunächst dem Vorstand überlassen, der bis zur nächsten Versammlung zwei Kollegen in Voranschlag bringen soll. Der zweite Vorsitzende wurde auf seinen Wunsch seines Wohnortes, entbieten. Dann wurde bekannt gegeben, daß Freitag, den 13. September, Abends 8 Uhr, die nächste Bundesunterkunftung stattfindet. Weiter wurde bekannt gemacht, daß am 8. September eine Nachfeier zum Gewerkschaftsfest stattfindet, wozu kein Eintrittsgeld erhoben werden soll.

Münster. Dienstag, den 27. August, fand im Volkshaus eine mittelmäßig besuchte Mauererbauung statt, um Stellung zu der Lohnfrage zu nehmen, da uns der Arbeitsverband durch ein Schreiben an den Bauverband aufgefordert hatte, unsere Wünsche für die nächste Vertragsperiode zu äußern. Hierüber entpaukte sich eine sehr lebhaft. Debatte. Fast alle Redner forderten für nächsten Jahr 62 1/2 Stundenlohn und neunzehnhundertfünfzig Arbeitszeit für den 2. Bezirk. Die Kollegen vom 3. und 5. Bezirk forderten eine andere Abminderung. Als Vorkommismissionsmitglied wurde Kollege Herr, als Ersatzmann Kollege Bercht gewählt. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde zwischen den Münster und Mägelner Kollegen eine Aussprache herbeigeführt, weil sich einige Münster Kollegen dagegen wehrten, 66 1/2-Marken, die in Münster üblich sind, zu flehen; sie flehten nur 60 1/2-Marken. Es wurde eine Einigung herbeigeführt, indem die Münster Kollegen erklärten, 65 1/2 zu zahlen zu wollen. Des weiteren wurde von dem Vertrauensmann der Steinarbeiter Beschwerde erhoben, daß unterseits einige Kollegen Steinarbeiter unter dem durchschweren Kampf von den Steinarbeitern erzwungenen Tarif ausführen. Alle Redner betrachteten dies als höchst verwerflich. Kollege Friedrich meinte, wenn die Kollegen es nicht unethisch, müßte man sie ausschließen. Laut Rufen wurden die Kollegen beauftragt, dem betreffenden Unternehmer zu unterbreiten, daß er den Tarifpreis zu zahlen habe; weigere er sich, so müsse die Arbeit eingestellt werden.

Münster. In der Nr. 32 der „Baugewerkschaft“ steht unter Neuscheid ein Bericht über die am 28. Juli von dem Zweigverein unserer Bauverbandes-einberufene Versammlung. Der Einsender dieses Berichtes springt nun in einer Weise mit der Wahrheit um, daß es nötig erscheint, diesen „Christen“ etwas zu berichten. Was zunächst die Behauptung betrifft, die Versammlung hätte in dem „Verbandslokal“ der Christlichen getagt, so ist hierzu zu bemerken, daß das fragliche Lokal von den verschiedenen Vereinen, auch von solchen, die auf sozialistischem Boden stehen, zu Geschäftszeiten und sonstigen Arrangements benutzt wird. Obige Behauptung wird nur zu dem Zwecke aufgestellt, um dem von den Christlichen und nicht, wie der Bericht bemerkt, von den „sozialdemokratischen“ Mauerern verbreiteten Gerücht, die Versammlung sollte nur den Zweck haben, den Christlichen etwas auszuweisen, den Anschein der Wahrheit zu verleihen. Tatsache ist, und dieses wurde auch eingangs der Versammlung unmissverständlich festgestellt, daß wir nicht im entferntesten eine solche Absicht hatten, daß vielmehr für den fraglichen Sonntag kein anderes passendes Lokal zur Verfügung stand. Der Einsender des Berichtes an die „Baugewerkschaft“ nimmt allerdings bei seiner bekannten Wahrheitsliebe hiervon keine Notiz. Was er da von der übermäßigen Mehrheit der Christlichen fasselt, ist, ganz abgesehen davon, daß diese „übermäßige“ Mehrheit überhaupt nicht vorhanden war, dem Umstande zuschreiben, daß die Christen die ganze vorhergehende Woche, speziell aber den fraglichen Sonntagmorgen, in allen Windrichtungen der Stadt und Umgebung zusammengetrommelt hatten was keine halbe; nicht allein ist fruchtbar geworden. Wenn die Kollegenhaft in der Zukunft die Augen stets offen hält und ihre Pflicht nach jeder Hinsicht erfüllt, werde die Gewerkschaftsorganisation allen kommenden Kämpfen gewachsen sein und die Kulturaufgabe der Arbeiterchaft lösen helfen.

lichen Bewegung, bemächtigt und dadurch Verfallt unter die Arbeiter getragen. In Bezug auf den Zolltarif und dessen schädliche Wirkungen auf die Lebenshaltung der Arbeiter leistete sich Lange die Behauptung, den Kollegen vom Lande müsse man aber nicht etwa den Zolltarif als schädlich für ihre Lebenshaltung zu schildern versuchen. Auf diesen und ähnlichen blühenden Ansinnen weiter eingegangen, ist wirklich der Raum im „Grundstein“ zu schmal. Nachdem sich Lange in der „Christlichen“ Weise unter spezieller Berücksichtigung seines „Verantwortlichkeitsgefühls vor dem Höchsten“, was er so pathetisch besonte, seiner Schimpfide Entledigt hatte, forderte er zum Schluß zum „getrennt marschieren und bereit schlagen“ auf. Wenn Kollege Lange meint, die christliche Organisation hier am Ort im allgemeinen und die fragliche Versammlung im besonderen hätte uns die Lust genommen, öffentliche Versammlungen abzuhalten, so sei ihm im Vertrauen mitgeteilt, daß er auf das Gegenteil nicht allzulange zu warten braucht. Was weiter die Konstatierung des Bureau in der Versammlung betrifft, so wird sich Kollege Lange wohl erinnern, daß untermisch der Vorschlag des Kollegen Krümer bestritten wurde. Es handelte sich nur um die Personen der Vorgelegenen, gegen die ein Kollege Einwendungen machte. Die persönlichen Angriffe „niedrigster Art“ in der weiteren Diskussion bedauern auch wir, fügen aber hinzu, daß sich die Kollege Lange an seine höchstseigene Nase fassen möge, da er diesen Leuten Luft mitzuzugle. Das ein namhaftes Mitglied der Christen einem unserer Diskussionsredner, der sich, nebenbei gesagt, in streng sachlichen Grenzen hielt, zürte: „Galt die Gedauze“, vergibt der Bericht erstatter zu registrieren. Auch das ungezogene Benehmen einer Anzahl seiner Getreuen scheint er nicht zu bedauern. Wenn er dem Kollegen Bittor den Rat gibt, er möge dafür sorgen, daß er in seiner Arbeit erst mal tüchtig werden solle, so ist dieses Gebaren ja eine allerliebste Befolgung des achten Gebotes, das die Christen bei all ihrem Verantwortlichkeitsgefühl vor dem Höchsten nicht zu kennen scheinen, ganz abgesehen davon, daß Kollege Bittor es nicht nötig hat, bei einem jeder Hebel noch in die Lecke zu gehen. In dieser Richtung hat es der Berichterstatter der „Baugewerkschaft“ höchst nötig, in seinen eigenen Reihen Maßschläge zu erteilen. Im übrigen mag er nur beruhigt sein. Uns ist nichts in die Glieder gefahren. Wir werden ihm schon recht bald wieder Gelegenheit geben, seine Sprüche zu verapfen.

Stuttgart. Die internationale Arbeiterbewegung, so lautete die Tagesordnung, und die sich die Mitglieder der Versammlung am 22. August beschäftigte. Der Referent, Kollege Silberbach, Berlin, schilderte zunächst das Zeitalter der Rüste und daran anschließend die Entwicklungsstadien der modernen Arbeiterbewegung. Der Ausbreitung des Kapitalismus folgend, mußte sich auch die Arbeiterchaft international betätigen und organisieren, was denn auch seit einem halben Jahrhundert mit immer steigendem Erfolg geschehen ist. Der Kapitalismus macht nicht halt bei der Ausbeutung der Proletariat des eigenen Landes, sondern er breitet seine Nege und Fingarme über die ganze Welt aus und er sucht auch die Proletariat eines Landes gegen die eines anderen Landes auszuspielen, indem er den Massenimport billigerer Arbeiter, um sie als Lohnbrüder zu benutzen. Wir deutsche Bauarbeiter haben beispielsweise viele Jahre unter dem Massenimport italienischer und spanischer Arbeiter zu leiden gehabt. Viele Streiks, die wir notgedrungen zur Erhöhung unserer Lebenshaltung führen mußten, haben sie uns illusorisch gemacht. Heute ist der Zustand schon viel erträglicher geworden. Das macht, weil wir auf dem Wege der internationalen Verständigung vorwärts geschritten sind. Neben den allgemeinen internationalen Arbeiterkongressen haben seit Jahren eine Reihe von Gewerkschaften internationale Konferenzen abgehalten, wo man sich über die zweckmäßigste Agitation über die Landesgrenzen hinaus und über die Fernhaltung des Zugangs bei Wohnbewegungen ausgesprochen hat. Auch wir Mauerer haben schon im Jahre 1903 eine internationale Konferenz abgehalten und seit der Zeit einige Verbandsstöße unserer ausländischen Bruderorganisationen besucht. Jetzt, am 16. und 17. August, hat hier die zweite internationale Mauererkonferenz getagt. Aus den Berichten der Delegierten ist zu entnehmen, daß durch gemeinsames Zusammenarbeiten der Organisation unserer Berufes in Europa die Dinge sich gebessert haben. Kann doch gesagt werden, daß die Aufklärung soweit gediehen ist, daß es den Unternehmern nur noch verneinlich gelingt, in beschränkter Zahl „Arbeitswillige“ anzuwerben. Von den Italienern sind es nur noch einige Kolonnen, die regelmäßig Streikbruch verüben, während die Masse nicht mehr dazu zu haben ist. Ebenso gute Erfolge haben wir in Österreich (Wöhnen) zu verzeichnen. Die Tatsache, daß die Zahl der Mitglieder in den Ländern des Karstellgebietes, welche Delegierte entsandt haben, sich in 4 Jahren von 160 000 auf über 400 000 erhöht hat, beweist, daß die internationale Vereinigung geeignet ist, die Ziele unserer Organisationen im Baugewerbe zu verwirklichen. Die auf der Konferenz gefassten Beschlüsse: Die Errichtung eines Sekretariats, der Abschluß eines Kartellvertrages und die Einführung einer einheitlichen Mitgliedslegitimation, werden geeignet sein, die noch bestehenden Mängel zu beseitigen. Wenn die Organisationen in Zukunft noch mehr als bisher den Gedanken der Solidarität aller Kollegen propagieren, wird der Erfolg nicht ausbleiben. — Kollege Tenzka (Delegierter des österreichischen Bauarbeiterverbandes) führte die Versammlung, den Wert der internationalen Mauererkonferenz vor Augen, indem er die Aussperrungen in Wien in den Jahren 1904 und 1906 schilderte. Redner erkannte freudig und dankbar an, daß der große Bruder „Deutscher Mauererbund“ den österreichischen Kollegen mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat. Auch die österreichischen Mauerer haben nun den Wert der Organisation erkennen gelernt, ihr Verband ist in einigen Jahren auf 40 000 Mitglieder angewachsen; sie werden auch in der Zukunft ihre Pflicht im internationalen Bunde tun. Die Kollegen Stolle und Baplow, letzterer Redakteur des „Grundstein“, führten den Anwesenden vor Augen, wie schwer es bereitet war, in Stuttgart, in Württemberg, ja in ganz Süddeutschland die Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Heute konnte gesagt werden, der Boden ist fruchtbar geworden. Wenn die Kollegenhaft in der Zukunft die Augen stets offen hält und ihre Pflicht nach jeder Hinsicht erfüllt, werde die Gewerkschaftsorganisation allen kommenden Kämpfen gewachsen sein und die Kulturaufgabe der Arbeiterchaft lösen helfen.

Taucha. Am 17. August hielt unser Zweigverein eine öffentliche Mauererbauung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Streiks und Lohnkämpfe im Baugewerbe. 2. Innere Berufsangelegenheiten. Der Vertrauensmann gab zunächst

bekannt, daß der Bauvorstand, der das Referat zum ersten Punkt übernehmen wollte, leider nicht erscheinen konnte, da er nach Stuttgart abgereist sei. Infolgedessen referierte Kollege Näther selbst über diesen Punkt. Er betraute in seinem Referat die Erfolge, die durch Baupersonen und Streiks erzielt worden sind. Zunächst betraute Näther den Gewerkschafts-Streit, wo die Maurer einen guten Erfolg zu verzeichnen haben. Hierauf kam er auf den Berliner Streit zu sprechen und führte aus, daß dieser Kampf zwölf Wochen gedauert habe und noch nicht zu Ende sei, daß die Berliner Kollegen auf einen hartnäckigen Widerstand gestoßen seien und daß der Arbeitgeberverband die Arbeitgeber offen zum Wort und Vertrauensbruch auffordere. Ferner sprach Näther sein Bedauern über das geringe Solidaritätsgefühl so vieler Kollegen aus, da ja ein ziemlich großer Teil den kämpfenden in den Rücken gefallen ist. Im weiteren erklärte Näther, daß derartige zwölfwöchige Kämpfe mit vielen Tausend Streikenden ungeheuer viel kosten, und daß darum, zumal wir einer kampfreichen Zukunft entgegengehen, unsere Beitragsgeber unmöglich ausreichen, solche Kämpfe siegreich zu führen. Deshalb war es dringend notwendig, daß eine Ergrößerung erhoben wurde. Er forderte die Kollegen aus diesem Grunde auf, ihre Ergrößerung ohne Mühen zu zahlen. Am Schluß seiner Ausführungen machte er auf die Folgen des Nichtzahlens aufmerksam. Bei dem zweiten Punkt: „Zunehmende Berufsangelegenheiten“, wurde zunächst über die Angelegenheit des Kollegen Pohle verhandelt. Der Vertrauensmann verlas hierzu das Schreiben des Bauvorstandes, der erklärte, daß er dem Kollegen Pohle Marken verabreicht habe und die Sache für erledigt halte. Pohle wußte also den „Grundstein“ von der Tauchaer Zählstelle wieder erhalten. — In der vorliegenden Versammlung beschlossen die Maurer Taucha, den Kollegen Pohle aus dem Verband auszuscheiden, da er sich weigerte, auf dem Bau zu bleiben und sich abfällig über die Zählstelle Taucha geäußert hatte. Der Zentralvorstand, bei dem sich Pohle beschwerte, verwies die Sache zur Untersuchung an Leipzig. Die Versammlung sprach ihre Mißbilligung darüber aus, daß die Leipziger Verwaltung hierbei gegen das Statut verstoßen habe, wonach jeder Kollege dort zu hause sein, wo er arbeitet. Die Versammlung beschloß hierauf, das Statut des Zentralverbandes einzuholen. Sollte sich dieser auf den Standpunkt des Kollegen Sachse stellen, so werden die Tauchaer Kollegen, die in Leipzig arbeiten, zwar die Beiträge in derselben Höhe, aber in Taucha zahlen. Den Beschluß der vorliegenden Versammlung, Pohle auszuschließen, wollten die Kollegen zurückziehen, wenn der Vertrauensvorstand damit einverstanden ist. Es ließ hierauf ein Antrag ein, den Maurer Christian Karl wieder in den Verband aufzunehmen. Der Vertrauensmann erklärte sich dagegen, da Karl schon zweimal ausgeschlossen sei und auch zum wiederholten Male „Arbeitswilliger“ geworden ist.

II. Der Zweigverein hat in der letzten Zeit mehrere aufsteigende Versammlungen abgehalten. Als einige Feinde der Organisation hörten, daß die Mitglieder einen wöchentlichen Beitrag von 90 Pf. zu zahlen hätten, glaubten sie, jetzt sei das Ende des Vereins gekommen. Es ist aber erfreulicherweise das Gegenteil eingetreten, jeder hat bis jetzt seinen Beitrag bezahlt, und es wurden auch mehrere Aufnahmen gemacht. Daß es wieder besser wird, zeigte auch eine am 23. August abgehaltene Platzversammlung im „Felsen“. Es wird, wenn die jetzt der Organisation angehörenden Kollegen einigermaßen agitatorisch arbeiten, der Zweigverein II. bald wieder zu einem Nachschuß werden. Bemerkenswert ist, daß wir in II. in letzter Zeit von dem schon viele Jahre schlafenden Hirsch-Dunderlachen Gewerkschaften befreit werden. Am 19. August hielt er eine öffentliche Hauswanderversammlung in der „Sonne“ ab. Referent war Agitationsbeamter Mung aus Magdeburg. Tagesordnung: Kampf zwischen Kapital und Arbeit. In seinem Referat hat aber Mung kaum über das Thema gesprochen, sondern nichts als über die freien Gewerkschaften geschimpft, so unter anderem, daß die freien Gewerkschaften aus Streiks „berühen“. In Berlin waren Tausende Kollegen aus dem Zentralverband ausgestiegen und hätten eine neue Organisation gegründet; es komme aber daher, weil die freien Gewerkschaften nur unverschämte Forderungen an die Arbeitgeber stellen. Wenn es so fortginge, würden die freien Gewerkschaften immer mehr und mehr zurückgehen!!! Insbesondere hatte Mung auch über den Berliner Hirsch-Streit gesprochen, hatte aber dabei vergessen, zu sagen, daß gerade die Mitglieder des Hirsch-Dunderlachen Gewerkschafts noch jedesmal Streikbrecher stellen und so die Hauswändeigenen an dem verlorenen Streit waren. Auch sonst trat Mung als „Arbeitsbrecher“ sehr gut auf, denn er führte noch folgendes aus: Die Arbeitgeber werden heute durch Bezahlung nach Tag- oder Stundenlöhnen von den Arbeitern ausgebeutet, bei Tagelohnarbeitern liegen die Arbeiter Stundenlohn auf dem Boden und rauchen Zigaretten, Zigarren sind ihnen nicht mehr gut genug. In Atterb arbeiten sie mit allen Kräften, um den Tagelohn zu überschreiten und einen Ueberlohn zu erzielen, während sie bei Tagelohn dem Meister den Tag abgeben!!! Wunderlicherweise fand Herr Mung keinen Widerspruch bei seinen Reden. Allerdings war diese Versammlung sehr schwach besucht. Unter den circa 25 Anwesenden waren 7 von unserer Organisation. Diese hatten es vorgezogen, sich nicht an die Diskussion zu beteiligen, sondern die Ausführungen des Herrn Mung den Nichtorganisierten an anderen Tage mitzuteilen. Da aber die Neben Versammlungen teilnehmen alle bei dem Unternehmer Gorman in Atterb stehen, dessen Arbeiter Mitglieder des Hirsch-Dunderlachen Gewerkschafts der Verbandwerter ist, so war das auszuführen, daß bei der nachträglichen Diskussion über den Verlauf der Versammlung der Hirsch in Aufregung geraten würde. Er hielt sogar einem unserer Mitglieder (Mayer) vor, daß, wenn er gewagt hätte, daß er über die Versammlung reden würde, ihn überhaupt nicht eingeladen hätte. Von da an hatte der Hirsch einen Haß auf Mayer, und dieser erhielt auch am Samstag darauf seine Entlassung, worauf aber noch weitere vier Kollegen und mehrere Hilfsarbeiter die Arbeit einstellten. Später sah der Hirsch ein, daß er unrecht gehandelt habe. Jedoch meinte er, wäre Mayer nicht in der Versammlung gewesen, hätten die Hirsch einige Mitglieder gewonnen, was nun wohl für immer ausgeschlossen ist. Vorläufig beschränken die Hirsch ihre Agitation nun auf die von uns ausgeschlossenen Streikbrecher, aber auch bei diesen hat ihr Liebeswerben keinen Erfolg. — Die Verhältnisse für die Arbeiter in II. sind zur Zeit die denkbar schlechtesten, die Unternehmer dagegen sind einzig in der Bekämpfung der Arbeiter. Wie in letzter Zeit laut wurde, sollen diese Herren eine Revolutionsstrafe fest-

gelegt haben, daß den Maurern nicht mehr als 45 Pf. Stundenlohn bezahlt werden dürfen. Man kann es auch glauben, daß die Illmer Unternehmer solche Beschlüsse fassen, haben sie doch an den Italienern eine gute Stille. Wenn wir zur Zeit das Baufeld betrachten, so finden wir große Bauten nur mit Italienern besetzt, und man könnte fast meinen, daß wir Deutschen uns in Italien befinden und nicht umgekehrt. Die Italiener in Deutschland. Wenn nur einmal diese Unternehmer, die sonst das große Maul haben über die Qualität der deutschen Maurer, auch bei den Italienern Anschau halten würden, ob es Maurer oder Tagelöhner sind, so würde die Sache, wenn nicht noch mehr, als Maurer vom Gerüst verschwinden. In dieser Beziehung sind die Unternehmer jedoch sehr feindselig geworden. Wie die Verhältnisse zur Zeit in II. liegen, weiß es auch dem Unbefangenen klar werden, daß es nur wieder die Organisation sein kann, und zwar die freie Gewerkschaft, andere Verhältnisse herbeizuführen. — Amun, Kollegen; wer es ehrlich mit sich und seinen Lebenskollegen meint, der werde neue Mitglieder für den Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Glieseleger.

Glieseleger. Am 25. August hielt die hiesige Sektion der Glieseleger eine Mitgliederversammlung ab, in der unser Verbandsbeamter, Kollege Hunsb, zum ersten Punkt der Tagesordnung ungefähr folgendes ausführte: Die gegenwärtige Situation im allgemeinen und insbesondere die des Baugewerbes macht es zur Pflicht, nicht als bisher für die Stärkung der Organisation zu sorgen, da uns die Zukunft jedenfalls große Kämpfe mit dem Unternehmertum bringen wird. Aber voransteht nach werden die Kämpfe schärfer geführt werden, als in früheren Jahren, und deshalb habe der Zentralvorstand beschlossen, einen Erbeitrag zu erheben, um so unsere Klasse noch leistungsfähiger zu machen. Die Vergangenheit habe es uns zur Genüge bewiesen, daß ohne eine gefüllte Kasse kein Kampf mit dem Unternehmertum erfolgreich geführt werden kann. Näher erinnerte an den großen Arbeitgeberstreik im Jahre 1905, der nur wegen Mangel an Geld gescheitert ist. Der Zentralverband sei es gewesen, der die Lebenshaltung seiner Mitglieder durch die große Zahl seiner Mitglieder und seine gefüllte Kasse verbessert hat. Bei verschiedenen Vorversammlungen gingen die Vorstände mit dem Unternehmertum Hand in Hand, um die Bestimmungen der organisierten Arbeiterkraft zu durchsetzen. So betrachtet, dürfen wir vor der klein-n-Mehrkassengabe nicht zurückweichen. Wenn Krieg geführt werden muß, so gehört dazu Geld, Geld und nochmals Geld. Heute müssen die Arbeiter selbst ihre Lage verbessern; der Staat ziele die Steuerkraft immer fester an, wer die Millionen in überseeische Kolonien im Namen des Christentums, und nur die Kapitalisten haben den Profit davon. Die verlorene Wirtschaftspolitik des Staates müsse es jedem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Pflicht machen, sich auch politisch zu organisieren und sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Wenn die Arbeiter in diesem Sinne wirken, dann könne es ihnen nur gut gehen. Reicher Weisfall lohnte den Kollegen Hunsb für seinen Vortrag. Als zweiter Punkt fanden die Differenzen bei der Firma Rehnisch & Vorchard auf der Tagesordnung, die die schon in der vorigen Nummer geschilderte Erwidigung fanden.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein für Einigkeit.)

Rechnungs-Abschluß für das 2. Quartal 1907.

(April, Mai, Juni.)

Einnahme.

Vorer Bestand am 1. April 1907	M. 51891,18
Zinsen von belegten Kapitalen	5570,30
Einkünfte	1658,—
Beiträge in der 1. Klasse	M. 106321,60
„ „ 2. „	116408,—
„ „ 3. „	6261,75
„ „ 4. „	1417,50
Ergrößerer	199,50
Summe der Einnahmen	230608,35

Erfassungslisten von Berufsgenossenschaften und Unternehmern	1505,29
Zurückgezahlte Kapitalen	90000,—
Sonstige Einnahmen: für Duitungsbücher, Straf-gelder usw.	1030,23
Summe der Einnahmen	M. 382268,35

Ausgabe.

Für ärztliche Behandlung	M. 32795,36
Für Arznei und sonstige Heilmittel	27210,74
Krankengeld:	
a) an Mitglieder der 1. Klasse	M. 55377,40
„ 2. „	48786,—
„ 3. „	4583,95
„ 4. „	568,—
Summe	109815,35
b) an Angehörige	4307,70
Sterbegeld für Mitglieder der 1. Klasse	M. 3000,—
„ 2. „	3400,—
„ 3. „	25,—
Summe	6425,—

Für und Verpflegungsfestsetzungen an Krankenhäusern	M. 17825,77
Zurückgezahlte Beiträge und Einkünfte	51,50
Für Kapitalanlagen	104600,—
Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche	M. 17783,51
b) sachliche	4705,61
Summe der Ausgaben	22469,02

Sonstige Ausgaben: Unterzogen von Überfertigung, Thale a. Harz	M. 181,56
Summe der Ausgaben	M. 325182,—

Abshluß.

Summe der Einnahmen	M. 382268,35
Summe der Ausgaben	325182,—
Ergebnis	M. 57086,35
2. Quartals 1907 von	M. 57086,35
Die Netto-Einnahmen pro 2. Quartal 1907 betragen	M. 240372,17
„ Ausgaben „ 2. „ 1907	220582,—
Demnach eine Mehreinnahme pro 2. Quartal 1907	M. 19790,17

Vermögensausweis.

Vorer Bestand laut Abschluß am 30. Juni 1907	M. 57891,35
Belegte Kapitalien:	
„ In Hypotheken	582700,—
„ Städtische Spar- und Leihkassen Kassa	132134,85
„ Vereinsbank (Hannover Filiale)	436,70

Demnach betrug das Gesamtvermögen am 30. Juni 1907	M. 782352,70
Nach dem 1. Quartalsabschluß 1907 betrug daselbe	742562,53
Demnach am Schluß des 2. Quartals 1907 ein Mehr von	M. 139790,17

Am Schluß des 2. Quartals zählte die Kasse 317 örtliche Verwaltungsstellen und 84587 Mitglieder.

Altona, den 24. August 1907.

Karl Reih, Hauptkassierer.

Vorsichtender Rechnungsabshluß ist von uns revidiert und mit den Kassensüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassavermögen ist uns vorgelegt resp. nachgewiesen.

Für den Ausschuß:

Joh. Stanting, Andr. Schmidt, G. Stieber.

In der Woche vom 25. bis 31. August sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 3000, Nordhof 500, Weissenau 500, Hamburg-Gröndorf 300, Gröndorf 400, Sieglitz 300, Leipzig 200, Leipzig-Mitglied 200, Groß-Schönebeck 200, Lehnitz 200, Erfurt 200, Albershof 200, Groß-Schönebeck 200, Weissenau 160, Neuenhagen 100. Summa M. 6650.

Einkünfte erhielten: Karlstraße (Waben) M. 200, Mannheim 200, Heubach (Steffen) 100, Oberau 100, Siebelsbrunn 50, Niederbrühl 50. Summa M. 700.

Altona, den 31. August 1907.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

Kollegen! Unterleht nie, von Unfällen, Voreinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauteil schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Alfeld (Leine). Durch einen Sturz vom Gerüst verunglückte am 26. August auf einem Neubau an der Wiesendstraße der 15 Jahre alte Lehrling Ernst aus Emd. Er brach beide Arme und zog sich schwere Verletzungen am Knie zu.

Grünberg i. Schl. Montag, den 26. August, verunglückte der Maurer Gustav Ring aus Heintzschau beim Abbruch eines alten Stallgebäudes in der Gopsdalkstraße. Rins war beim Abnehmen des Wübelbogens eines Bogens beschäftigt, und ehe er sich versah, stürzte der Bogen nach unten und schlug ihm die linke Hand berat an der Welle, daß der mittlere Finger gleich ab, und der dritte Finger zerquetscht war. Der Verunglückte wurde mittels Droziste in das städtische Krankenhaus gebracht.

Gann. Münden. Dienstag, den 27. August, Nachmittags 2 Uhr, verunglückte auf dem Neubau der städtischen Gasanstalt der Maurer Heddermeier und der Arbeiter Schütz als sie damit beschäftigt waren, einen etwa 40 Zentner schweren eisernen Dachbinder in die Höhe zu winden. Heddermeier und Schütz wollten mit einer Leiter nachsteigen, die sie unter den Dachbinder stellten und mit allen Kräften zu schieben versuchten. Wüßig löste sich der Dachbinder aus dem Safen, in dem er hing, und schlug nach der Seite um, wo beide mit der Leiter standen. Die Leiter wurde zertrümmert und beide Männer zu Boden gerissen. Während Schütz mit geringeren Verletzungen am Gesicht und Körper davon kam, erlitt Heddermeier sehr schwere Verletzungen. Wäre der Dachbinder nicht auf mehrere Quaderstücke gefallen, so wäre Heddermeier total zerquetscht worden. Beide Verletzte wurden auf Anordnung der Ärzte durch die Sanitätskolonne nach dem Krankenhaus gebracht. An dem Aufkommen Heddermeyers wird gezweifelt.

Klosterlausitz. Am 22. August erlitten zwei Kollegen auf dem vom Unternehmer Moritz ausgeführten Bau des Kredithauses in Gernsdorf einen Unfall, indem an dem Gerüst, das sie oben gemacht hatten, ein hölz. Mauerwerk zerbrach. Kollege Kaiser fiel hinunter und erlitt ziemlich schwere innere Verletzungen; der andere, Kollege Klinge, konnte sich durch einen Sprung Bäume Fenster noch vor größerem Schaden bewahren. Die Schuld trifft sicher die beiden Kollegen mit, wenn sie hätten die Regel erst durch kräftiges Aufschlagen prüfen sollen. Aber auch der Unternehmer ist nicht frei von Schuld, weil es in seinem Betriebe sehr an gutem Rüstzeug mangelt. Fast alles ist schon sehr alt und neu wird nicht angeschafft. Uebrigens fehlt auch ein Schutgerüst unter dem zusammengebrochenen; wenn das vorhanden gewesen wäre, dann hätte Kaiser auch keine 15 m tief fallen können. Nach dem Unfall wurde freilich ein Schutgerüst angebracht; es war aber auch danach. Dieser Unfall sollte alle Kollegen wieder zur größten Vorsicht mahnen.

Rangeneben. Am 26. August stürzte auf dem Neubau des Zimmermeisters-Gustav Weist im Transmissionsgang der Schneidemühle eine 2 m hohe und 7 m lange Mauer ein, wodurch zwei Kollegen, die dort pflasterten, verunglückt wurden. Der eine hatte Durchschüsse am Kopf und Oberkörper erlitten, so daß er sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Der andere trug Querschüsse an den Beinen davon. Ein Glid war, daß die Mauer erst auf die Transmissionsfundamente fiel, so daß diese den Grundriss aufhielten. Die eingestürzte Mauer war nur einen Stein stark und hatte auf der ganzen Länge drei Pfeiler von 13 x 25 cm, leider auf der verkehrten Seite. Zwischen der Mauer und dem Grund waren 25 bis 40 cm Boden entfernt und oben 80 cm frisch aufgeschüttet, so daß die Mauer von dem aufgeschütteten Boden umgestürzt wurde.

Altdorf. Am 28. August ereignete sich auf dem Neubau des Josephs Wahrenhauses ein Unfall, durch den unser Kollege Zoch schwer verletzt wurde. Beim Aufstellen einiger eiserner Säulen löste sich eine Stange; dadurch fiel eine der Säulen um und traf Zoch auf dem Kopf. Er erlitt schwere Verletzungen

oder er ist mehr ein Freund des Alkohols als der M inne und meht, bei einer Schüttlerin auch nur in Gebanten leben, bei dem Seelenheil katholischer Seelen schädlich, si über ein Fährten hermanen aber nicht. Solche Sittlichkeits-Pareille hat neben ihrer lächerlichen auch eine ernste Seite: si zeigt uns Arbeiter auf der Stufe m o r a l i s c h e n u n i n t e l l e k t u e l l e n S t a n d e s, auf die sie durch „religiöse“ Erziehung gestellt worden sind.

*** Bibel und Klassenkampf.** Das Verhältnis zwischen arm und reich ist schon von dem alten Jesus Sirach treffend beschrieben. Schon zu dessen Zeiten, als es doch gewiß noch keine Heber gab, scheint es ziemlich scharfe Klassen-gegensätze gegeben zu haben, wie das 13. Kapitel des biblischen Buches Jesus Sirach beweist. Es heißt da:

1. Wer. Rech angreift, der beschuldigt sich damit, und wer sich gefollet zum Hoffärtigen, der fernet Hoffart.
2. Geselle Dich nicht zum Gewaltigen und Reichen, Du labest sonst eine schwere Last auf Dich.
3. Was soll der reiche Kopf bei dem ehernen Kessel? Denn wo sie aneinanderstoßen, so zerbricht er.

4. Der Reiche tut Unrecht und troht noch dazu; aber der Arme muß es leiden und dazu danken.
5. Solange Du ihm nicht bist, brauchst Du Dein; aber wenn Du nicht mehr kannst, so läßt er Dich fahren.

6. Weil Du hast, so gehst er mit Dir, und bekümmert ihn nichts, daß Du verdirdest.
7. Wenn er Dein bedarf, kann er Dich sehr äffen, und läßt Dich an, verheißt Dir viel, und gibt Dir die besten Worte und spricht: Bedürft Du etwas?

8. Und laßt Dich einmal oder drei zu Gast betrügn, bis er Dich um das Deine bringe, und spottet Dein auf.

9. Und wenn er gleich Deine Not sieht, läßt er Dich doch fahren, und schüttelt den Kopf über Dich.
10. Darum siehe zu, daß Dich Deine Einfaltigkeit nicht betrügn.

11. Und in Unglück bringe.
12. Wenn Dich ein Gewaltiger will zu sich ziehen, so weigere Dich, so wird er Dich desto mehr zu sich ziehen.

13. Dränge Dich nicht selbst zu ihm, daß Du nicht verlohren werdest; entzueh Dich auch nicht zu sehr, daß man Dich zur Not brauchen könne.

14. Geh nicht darauf aus, mit ihm zu reden wie mit Deinesgleichen und trau ihm seinen vielen Worten; denn er verführt Dich damit, und mit seinen freundschaftlichen Gebärden holt er Dich aus.

15. Wenn er ungnädig wird, so bleibst nicht bei solchen freundschaftlichen Worten.
16. Und schere nicht mit Straßen und Gefängnis.

17. Darum hüte Dich und strafe Dich wohl vor.
18. Du lebst in großer Gefahr.
19. Ein jeglicher Xier hält sich zu seinesgleichen, und regier Mensch zu dem, der ihm am nächsten ist.

20. Jegliches Fleisch liebt seine eigene Art; so soll auch ein Mann sich gesellen zu seinesgleichen.
21. Wie die Hyäne mit dem Hunde sich gesellet, also auch der Reiche mit dem Armen.

22. Wie der Löwe das Wild frist in der Heide, so fressen die Reichen die Armen.
23. Wie dem Hoffärtigen unwert ist, was gering ist, also ist der Reiche, dem Armen auch unwert.

24. Wenn der Reiche fallen will, so helfen ihm seine Freunde auf; wenn der Arme fällt, stoßen ihn auch seine Freunde zu Boden.
25. Wenn ein Reicher nicht recht getan hat, so sind viele, die ihm überheisen; wenn er sich mit Worten vergriffen hat, so muß man's lassen recht sein.

26. Wenn aber ein Armer nicht recht getan hat, so kann man's aufmuntern, und wenn er gleich weißlich redet, so findet's doch keine Statt.
27. Wenn der Reiche redet, so schweigt jedermann, und sein Wort hebt man in den Himmel.

28. Wenn aber der Arme redet, so spricht man: Wer ist der? und so er selbst, so muß er herhalten.
29. Wir sehen, auch aus dem Inhalt der Bibel kann man sich über Ursachen und Wesen des Klassenkampfes informieren.

Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 48 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Sprung ins Dunkle. — Der Stuttgarter Kongress. — Von A. Kautsky. — Dittelschwalbe und Mittelschwalbe. — Von Paul Lange (Hamburg). (Fortsetzung.) — Die britischen Kolonialverhältnisse. — Von M. Beer. — Literarische Nachrichten: W. Passet, Ein deutscher Kaufmann in der Wandschüre während des russisch-japanischen Krieges. — Von M. H. Dr. Wilhelm Kahl, Das neue Strafgesetzbuch. — Von Dr. Siegfrieda.

Die „**Neue Gesellschaft**“ (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag, Berlin NO 6), Heft 10 des 5. Bandes. Das Heft hat folgenden Inhalt: Internationale. — Bruno Buchwald: Die Gewerkschaftsbank. — J. F. Interimist: Die holländische Arbeiterbewegung. — Ludwig Cappel: Arbeiter-Gewerkschaften. — Max Eys: Der blinde Passagier (Fortsetzung). — Stoffen. — Literatur.

Blut und Eisen. Das unter diesem Titel im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erscheinende Vierungswerk behandelt in populärwissenschaftlicher Weise Krieg und Kriegerum in alter und neuer Zeit. Aus ältester Zeit, aus den Kämpfen im Mittelalter und denen der Neuzeit führt der Verfasser die padendsten Epochen vor und zeigt an der Hand der Geschichte die Unmöglichkeit des heutigen Militarismus. „Blut und Eisen“ erscheint in 50 Lieferungen à 20 S. Illustrationen aus den geschichtlichen Zeitabschnitten helfen und erläutern den lehrreichen Inhalt. Abonnenten können noch sehr eintreten. Alle Parteibuchhandlungen liefern das Werk.

„Kommunale Praxis“, Wochenchrift für kommunalpolitische und Gemeindegewaltungsfragen. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. In Nummer 85 der „Kommunale Praxis“ bringt Edmund Fischer den 2. Teil seines Artikels „Kommunale Entwicklung“ unter dem Titel „Ein Bauerndorf“. Nummer 86 enthält einen Artikel „Die

Genossenschaft“, in dem der Verfasser den Nachweis bringt, daß nicht die Seuche die weitaus größte Zahl ihrer Opfer in der Arbeiterbevölkerung findet, und er macht der Regierung und den zuständigen Gemeindevorständen den Vorwurf, daß sie bisher so gut wie nichts getan haben, die Seuche wirksam zu bekämpfen.

„Jahres Lebensbild“ bildet den Inhalt einer Broschüre, die soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen ist und Ed. Bernstein zum Verfasser hat. Der Preis für die mit einem vorzüglich ausgeführten Porträt Miers und mit mehreren Abbildungen illustrierten Broschüre beträgt 50 S., eine Ausgabe auf gutem Papier 60 S.

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Von Friedrich Engels. Fünfte, vervollständigte Auflage. Mit einem Vorwort von A. Kautsky. M. 1. Agitationsausgabe 40 S. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Diese Arbeit, vielleicht die beste Engels, sind drei Kapitel aus dem „Anti-Dühring“, der vor nunmehr 30 Jahren zuerst veröffentlicht wurde. Jedenfalls ist sie eine der besten Propagandaschriften des Sozialismus, die auch heute noch, trotz der vielfach veränderten Verhältnisse, frisch und lebendig wirkt.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 18 des 17. Jahrgangs.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 S.; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 S., unter Kreuzband 85 S. Jahresabonnement M. 2,60.

Der „Wahre Jacob“, Nr. 18 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Der Wochengucker“ und „Die Kriegspartei“. Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 S.

Briefkasten.

Niemer. Versammlungsangelegenheit kam zu spät. 409 404. 1. Zu einer Umänderung der Trübsenskarte hat der Mann kein Recht. Hast Du bei ihm als Geselle gearbeitet, so wäre die Umänderung der Karte, statt Geselle — Lehrling, eine Unrechtsverletzung, für die der Unternehmer nicht nur strafrechtlich, sondern auch zivilrechtlich gefast werden könnte. 2. Die Zeitung ist verpflichtet, Dir den Lehrbrief auszustellen. Weigert sie sich dessen, so ist Klage auf Grund des § 127 c der Gewerbeordnung anzuführen.

Altmarkt, M. B. Wir sind leider nicht in der Lage, darüber genaue Auskunft geben zu können. Nach unserer Ansicht muß die Gewerbesteuer aber auch jene Arbeiter tun, denn sie gehören doch wohl mit zur Leistung.

Schönkirchen. Teile der Redaktion mit, wieviel Geld für die Bibliothek angewandt werden soll und welche Bücher schon dort sind. Wir werden dann einige Vorschläge geben.

Chemnitz, F. J. Die alte Gleichheit. Endlich sollte es doch allgemein durchgesetzt sein, daß bei allen Klagen auf Abzahlung die größte Vorsicht geboten ist. Wenn in diesem Falle ein Vertrag vorliegt, wonach bei Unterzahlung einer Zahlung das Rad in den Besitz des Verkäufers zurückgeht, oder auch so, daß dem Verkäufer das volle Eigentumsrecht an dem Rad zusteht, bis alles bezahlt ist, dann ist nichts zu wollen. Wenn das nicht der Fall ist, so kommt Du klagen, müßt Dich aber erst mit dem Freunde einigen, von dem Du das Rad übernommen hast.

Niedersachsen, J. G. Stelle bei der Kasse den Antrag auf Erstattung der Kosten.

Bielefeld. Todesanzeige und Bericht über den Einzug können keine Aufnahme finden, weil 1. der Name des Verstorbenen fehlt und 2. der Todesfall schon am 22. August eingetreten ist. Daß der Bericht vom 25. August datiert ist, kann die Tagesgabe nicht aufheben, daß er laut Poststempel am 2. September in Bielefeld abgegangen worden ist.

Charlottenburg, W. M. Ausschluss ist sicher. Uebrigens soll der ordentliche Beitrag gar nicht angenommen werden, wenn nicht gleich der Ertragsbeitrag mitbezahlt wird.

Krefeld, F. H. Ein Mittel gegen die Zementkrüge vermögen wir nicht anzugeben.

Schneiditz, J. Die Anfrage haben wir an den Vorstand weitergegeben. Allgemein läßt sich die Frage nicht beantworten. Der Vorstand entscheidet nach Fall zu Fall, je nach der Schlage.

Dittelschwalbe, J. Selbstrad wird, wenn sie nicht einzutreten ist, in 5 Sätze umgewandelt. 2. Frage: Nein.

Buer, M. „Ehrenerkennungen“ nehmen wir nicht auf. Wie oft sollen wir das noch mitteilen?

Stenvers, A. Kann erst in der nächsten Nummer abgedruckt werden.

Recklinghausen, V. Die Darstellung ist zu unklar, als daß wir sie abdrucken könnten. Wir wollen doch lieber einen Bericht der Zweigvereinsleitung abwarten.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Der Zweigverein Hagen i. W. sucht zum 1. Oktober bzw. 1. November d. J. einen

Sokalbeamten.

Nur erste Kraft wird berücksichtigt. Neben rednerischer Begabung wird verlangt die genaue Kenntnis der modernen Arbeiterbewegung sowie der Buch- und Kassenführung. Dem Bewerber schreiben ist ein Nachweis der bisherigen Tätigkeit und ein Aufsat über die Aufgaben eines Sokalbeamten beizufügen.

Die Bewerber werden ersucht, ihre Eingabe mit der Aufschrift „Sokalbeamter“ bis spätestens den 16. September d. J. an Unterzeichneten einzusenden.

Julius Mischke,
Hagen i. Westf., Volkshaus 1.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 S.)

Breslau. Am 29. August starb unser treuer Verbandskollege **August Stock** im Alter von 47 Jahren an Lungenemphysem.

Erfurt. Am 25. August starb nach längerem Leiden unser Verbandskollege **Julius Wagner** an der Lungenarterienfistule.

Gleiwitz. Am 20. August starb unser Kollege **Johann Grochol** aus Turawa im blühenden Alter von 21 Jahren an einer Körperverletzung.

Magdeburg. Am 27. August starb unser Kollege **Aug. Haegerbart** im Alter von 54 Jahren seinem Leben, selbst ein Ziel. Längere Arbeitslosigkeit trieb unser langjähriger Mitglied zu diesem verzweiflungsvollen Schritt.

Rathenow. Am 26. August starb unser langjähriger, treuer Verbandskollege **Emil Hörster** im 87. Lebensjahre an Mißlebrumatismus.

Stuttgart. Am 24. August starb unser Verbandskollege **Andr. Schlecht** aus Pienningen im Alter von 33 Jahren.

Torgelow. Am 18. August starb nach langem Leiden unser Kollege **Albert Gützlaff**, Mitbürger unseres Zweigvereins, im Alter von 47 Jahren.

Ulm. Am 31. August starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege **Joseph Hillinger** im Alter von 28 Jahren an Herz-Kreislauferkrankung.

Waldenburg i. Schles. Am 25. August machte unser Mitglied **August Kratt** freiwillig seinem Leben ein Ende. Er stand im 57. Lebensjahre.

Ehre ihrem Andenken!

Schmargendorf.

Die Adresse des Kassierers ist jetzt: **Reinhold Wend,** Bundessekretär. 4. [M. 1,20] Der Vorstand.

Wer den Aufenthalt des Mannes **Wilhelm Württenberger** aus Magheim kennt, wird gebeten, die Adresse des Vorstandes des Zweigvereins Magheim, Friedrich Graber, Marktstr. 9, mitzuteilen. [M. 1,20]

Hundsfield.

Sonntag, den 14. September 1907:

Erstes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn **Elsner** in Friedewalde. Alle Verbandskollegen des Zweigvereins Hundsfield sowie die der umliegenden Zweigvereine sind freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

Boekwitz.

Sonntag, den 8. September 1907:

:: Stiftungsfeier ::

in Rodrichs Gasthof in Nauendorf. Konzert, Preisschessen und Ball. Alle Verbandskollegen werden freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 7. September.

Gladbeck. Abends 8 Uhr im Rechtschulungsbureau. Wichtige Besprechung.

Sonntag, den 8. September.

Arnsvalde. Nachm. 3 Uhr im „Gedanken Löwe“. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Belzig. Nachm. 4 Uhr.

Deltisch. Nachm. 3 Uhr im „Lindenhof“. Mitglieder dürfen mitbringen.

Frankenhausen (Kyffh.). Nachm. 3/4 Uhr im Barbierlokal.

Gransse. Nachm. 3 Uhr im Schützenhaus.

Lochau. J. Webers Gasthof zu Rageln.

Treuenbrützen. Versammlung fällt aus.

Dienstag, den 10. September.

Hamburg. (Gemeintlicher) Abends 8/9 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Liegnitz. Abends 8/9 Uhr im Gewerkschaftshaus. Vortrag.

Schmölln. Abends 8 Uhr.

Sonntag, den 14. September.

Nürnberg. (Gemeintlicher) Abends 8 Uhr im Cafe West. Mitglieder dürfen mitbringen.

Sonntag, den 15. September.

Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr bei Thomas, Windmühlenstraße.

Kemberg. Nachm. 3 Uhr bei Wwe. Schach. Referent anwesend.

Ohlau. Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zur Stadt Oels“. Bei Herrn Schmidt. Mitglieder dürfen mitbringen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Mier & Co. in Hamburg.